

Postwachstum als neue Normalität?

Salzburgs Wirtschaft im Kontext von
Nachhaltigkeit und sinkenden
Wachstumsraten

Verfasser: Hans Holzinger

JBZ-Verlag 2016

Inhalt

Teil I: Niedrige Wachstumsraten als neue Normalität? Argumente für Wirtschaftswachstum kritisch beleuchtet

Welches Wachstum für wen? | Argumente zu Wirtschaftswachstum
Argument 1: Wohlstandssteigerung | Argument 2: Arbeitsplätze sichern | Argument 3: Soziale Sicherung | Argument 4: Finanzierung von Umweltschutz | Argument 5: Wachstumszwang | Argument 6: Deflationsgefahr | Argument 7: Staatsverschuldung
Ausblick I: New Deal für Europa | Ausblick II: Umfassende Steuerreform | Ausblick III: Neue globale Investitionsprioritäten
Ausblick IV: Postwachstum für reife Volkswirtschaften

Teil II: Salzburgs Wirtschaft im Kontext von Nachhaltigkeit und sinkenden Wachstumsraten

Wirtschaftsstruktur & Wertschöpfung | Betriebsstättenstruktur | Beschäftigte & Arbeitslose | Selbständige & Unternehmensformen | EPU's | Strukturwandel & Zukunftstrends | Zukunft des Tourismus | Autobranche im Umbruch | Wertschöpfungsfaktor Bausektor | Weitere Nachhaltigkeitsfelder | Postwachstumsperspektive für Salzburg

Impressum:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Strubergasse 18, 5020 Salzburg.
Tel. 0049.662.873206 | jungk-bibliothek@salzburg.at | www.jungk-bibliothek.at

Salzburg, JBZ-Verlag 2016

Teil I: Niedrige Wachstumsraten als neue Normalität? Argumente für Wirtschaftswachstum kritisch beleuchtet

Welches Wachstum für wen?

Europas Wirtschaft lahmt, die Krisenländer kommen nicht in Schwung, die Arbeitslosigkeit nimmt teilweise dramatische Ausmaße an – nicht nur in Griechenland. Österreich steht vergleichsweise gut da. Doch auch hier steigt die Zahl der Arbeitslosen. Die Bundesregierung rang um eine Steuerreform, die Einkommen aus Arbeit entlasten, die Kaufkraft steigern und damit die Wirtschaft stimulieren soll. Doch welche Wirtschaftspolitik ist nachhaltig? Welches Wachstum ist sinnvoll und erstrebenswert? Und gilt die Wachstumsnotwendigkeit für alle Volkswirtschaften in gleicher Weise? Keine Frage: Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen haben das Recht, aufzuholen und ihre Wirtschaften anzukurbeln. Doch wie verhält es sich bei hochproduktiven bzw. „reifen“ Volkswirtschaften? Fragen wie diese sollen im vorliegenden Abschnitt beantwortet werden.

Niedrige Wachstumsraten von maximal 1-2 Prozent scheinen zur neuen Normalität in allen OECD-Staaten zu werden. Österreichs Wirtschaft verzeichnete in den Jahren 2010 und 2011 reale Wachstumsraten des BIP von 1,9 bzw. 2,7 Prozent. Für die Jahre 2012, 2013 und 2014 werden 0,6 sowie zweimal 0,4 Prozent ausgewiesen. Und für 2015 prognostizierte die Österreichische Nationalbank (OeNB) im Dezember des Bezugsjahres eine Wachstumsrate von 0,7 Prozent. Freilich hoffen die Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die OeNB für 2016 und 2017 wieder auf ein leichtes Anziehen der Wirtschaft - die OeNB prognostiziert 1,9 für heuer und 1,8 Prozent für das nächste Jahr.¹ Gehofft wird vor allem auf eine gesteigerte Konsumnachfrage aufgrund der Steuerreform.

Immer öfter müssen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen freilich nach unten revidieren. Das Wachstumsdenken der Ökonomen gerät ins Wanken. Auch wenn der Ansatz einer **Postwachstums-Ökonomie** noch keineswegs den Mainstream der Wirtschaftswissenschaften erfasst hat, zeigt dieser, dass ein Umdenken möglich ist. Bisher übliche Argumente für Wirtschaftswachstum sind in einem neuen Licht zu betrachten und kritisch zu hinterfragen.²

Hohe Wachstumsraten von fünf und mehr Prozent gelten als **historische Ausnahme** und sind nur in der Aufbauphase von Volkswirtschaften zu erzielen. Die Zeiten hoher Wachstumsraten sind also vorbei und dafür ist die globale Finanzkrise 2007/2008 nur ein Grund unter vielen und wahrscheinlich nicht der gewichtigste. Zu diesem Schluss kommt auch die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ (2013) des Deutschen Bundestags.³

Immer öfter müssen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen nach unten revidieren.

¹ OeNB 2015: Gesamtwirtschaftliche Prognose. www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/prognosen-fuer-oesterreich/gesamtwirtschaftliche-prognose.html. Abgerufen am 15.1.2016

² Vgl. Hans Holzinger (2016): Wachstumsgrenzen. Die (Post-)Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Zukunftsdossier 5. Download: www.wachstumimwandel.at

³ Schlussbericht der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft". Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 1419. 845 S. 2013. [Download](#).

Die **Weltwirtschaft** weist 2015 mit 2,9 Prozent das geringste Wachstum seit 2009, dem ersten Jahr nach der Finanzkrise, auf, so ein Bericht der OECD. Für 2016 wird mit einem geringfügigen Ansteigen der Wachstumsrate auf 3,3 Prozent gerechnet. Die Prognose für die Eurozone liegt bei 1,8 Prozent, gleichauf mit jener für Deutschland. Österreich rangiert laut OECD-ÖkonomInnen mit 1,3 Prozent darunter. Fallende Wachstumsraten werden auch China attestiert: 6,5 Prozent für 2016 und 6,2 Prozent für 2017.⁴

China, der Wachstumsmotor der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, verzeichnete über Jahre Wachstumsraten von sieben Prozent und mehr. Nicht nur die OECD geht davon aus, dass in China – wie im Nachkriegseuropa – nach der ersten Aufbauphase die Zeit solcher Wachstumsraten vorbei sei und 2- 3 Prozent jährliches Wachstum zur neuen Normalität werden könnten, was die rohstoffexportierenden Länder ebenso treffe wie jene, die hochwertige Industriegüter nach China exportieren wie etwa Deutschland. Die Volksrepublik ist heute der weltgrößte Importeur von Erdöl, sie verbraucht jede zweite auf dem Planeten geförderte Tonne Kohle und zwei Drittel des verschifften Eisenerzes. Binnen dreier Jahre, von 2011 bis 2013, soll China mehr Zement verbaut haben als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. Doch der Boom könnte nun vorbei sein. Was für die Wirtschaft von China und für die Weltwirtschaft eine Herausforderung darstellt, erweist sich für die Umwelt als kleiner Lichtblick. Nach einer Studie internationaler Klimaforscher seien, so ein Artikel in DIE ZEIT, 2015 die Kohlendioxidemissionen der Welt leicht gesunken.⁵

Das **Nachdenken über ein anderes Wachstum** oder auch über **Postwachstum** macht daher allein deswegen Sinn, weil uns neue Fakten dazu zwingen. Darüber hinaus gibt es gute weitere Gründe für die Postwachstums-Debatte - ökologische, soziale, kulturelle.

Das panische Schielen auf Wachstumsraten führt in die Irre. Die Ambivalenz von Wachstumsraten belegt der Wirtschaftshistoriker *Andreas Exenberger*⁶ mit einem augenscheinlichen Vergleich: Schon ein Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich entspricht demnach in absoluten Zahlen kaufkraftbereinigt z. B. 3,7 Prozent in Brasilien, 6,2 Prozent in China, 12,8 Prozent in Indien oder 18,9 Prozent in Nigeria und für die ärmsten Länder der Welt steigt der Wert auf über 50 Prozent (s. *Grafik S. 5*).

Wenn von Wachstum gesprochen wird, ist daher zwischen absolutem und prozentuellem Wachstum zu unterscheiden. Zwei Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung innerhalb von 35 Jahren. Und zwei Prozent Wachstum einer hoch entwickelten Wirtschaft sind bedeutend mehr als – sagen wir – fünf Prozent Wachstum einer Wirtschaft mit niedrigem Ausgangsniveau (was etwa die Wachstumsraten von Schwellenländern wie China relativiert). Wir kennen dieses Prinzip übrigens auch aus Lohnverhandlungen: zwei Prozent Lohnsteigerung bei hohem Einkommen bringen bedeutend mehr an Einkommenszuwachs als zwei Prozent bei niedrigem Einkommen.

Der Schluss aus dieser exponentiellen Wachstumsfalle: wo ein hohes Ausgangsniveau erreicht ist, muss zu **linearem Wachstum** oder auch zu einem **Ende von Wachstum** übergegangen werden. Bezogen auf Europa: Die Krisenländer wie Grie-

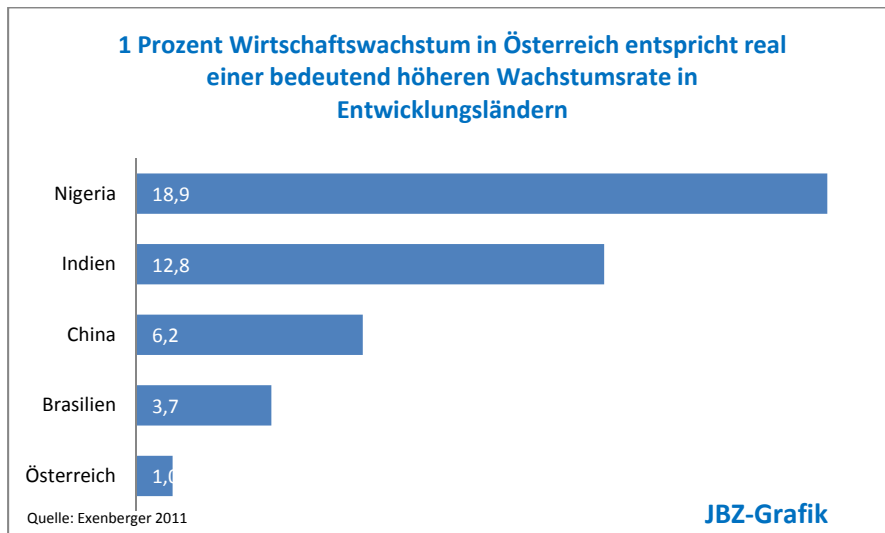
Das Nachdenken über ein anderes Wachstum oder auch über Postwachstum macht daher allein deswegen Sinn, weil uns neue Fakten dazu zwingen. Darüber hinaus gibt es gute weitere Gründe für die Postwachstums-Debatte - ökologische, soziale, kulturelle.

⁴ „Das schwächste Jahr seit der großen Krise“, Salzburger Nachrichten 10.11.2105

⁵ Claus Hecking (2016): Virus aus Fernost. Chinas Wirtschaft ist im Umbruch – und der Rest der Welt braucht ein neues Wachstumsmodell. In: DIE ZEIT, 14. Jänner 2016, S. 21.

⁶ Andreas Exenberger (2011): Wirtschafts- und sozialhistorische Reflexionen zur „Marktwirtschaft für Menschen“. In: Clemens Sedmak u. a. (Hrsg.): Marktwirtschaft für Menschen. Wien, Lit-Verlag 2011; S. 169-190, Daten S. 173

chenland oder Spanien sowie die osteuropäischen Staaten brauchen höhere Wachstumsraten, um den materiellen Wohlstand der Menschen zu steigern und deren soziale Absicherung zu erreichen. Doch in Ländern mit hoher Wirtschaftsleistung – und Österreich zählt hier dazu – macht es Sinn, sich auf niedrige Wachstumsraten oder gar Nullwachstum einzustellen.



Wenn von Wachstum gesprochen wird, ist zwischen absolutem und prozentuellem Wachstum zu unterscheiden.

Analogien zwischen sozialen und ökologischen Systemen sind nur bedingt hilfreich: doch Bäume wachsen bekanntlich nicht in den Himmel. Bei „reifen“ Volkswirtschaften ist dies ebenso, was Ökonomen wie Adam Smith oder John Maynard Keynes früh erkannt haben.⁷ Das Ende des Wachstums ist demnach kein Ausdruck wirtschaftlicher Schwäche, sondern – im Gegenteil – Zeichen wirtschaftlicher Stärke. Sechs gängige Argumente für Wirtschaftswachstum sollen im Folgenden kritisch beleuchtet und Wege in eine Postwachstumsperspektive skizziert werden.

Argument 1: Wohlstandssteigerung

Dass Wirtschaftswachstum zur *Wohlstandssteigerung* beiträgt, hat für viele Jahrzehnte gegolten. Doch Ergebnisse der Zufriedenheitsforschung sowie der Ökologischen Ökonomie zeigen, dass seit den 1970er-Jahren BIP-Wachstum und Lebensqualität auseinanderklaffen. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen führen soziale und ökologische **Defensivkosten** zwar zu weiteren Steigerungen des BIP – Verkehrsunfälle ›stützen‹ die Autobranche, stressbedingte Krankheitskosten erfordern mehr medizinische Behandlungen und Umweltkatastrophen kurbeln die Wirtschaft durch Wiederaufbaumaßnahmen (bzw. vorbeugend durch Schutzmaßnahmen) an. Doch all dies trägt unweigerlich nicht zu mehr **Lebensqualität** bei. Zum zweiten scheinen sich materieller Besitz und Zufriedenheit ab einem bestimmten Wohlstandsniveau zu entkoppeln. Mehr Güter führen dann nicht mehr zu mehr Zufriedenheit. Der Wachstumstreiber Konsum geht somit verloren.

Einkommens- und Konsumsteigerungen haben einen abnehmenden Grenznutzen. Bei hohem Einkommen steigt Zufriedenheit durch weitere Zuwächse nicht mehr.

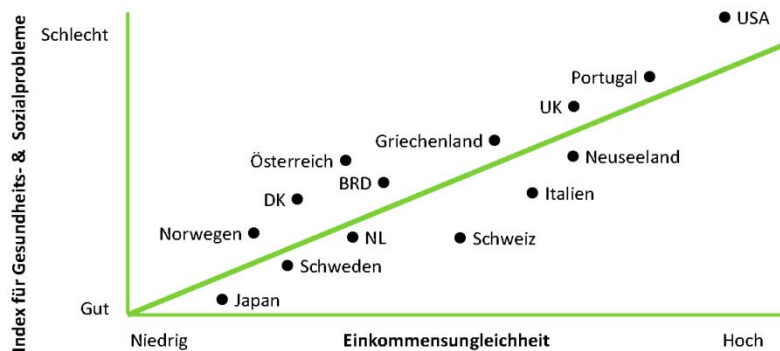
⁷ Vgl. dazu Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft. Marburg, Metropolis.

Einkommen spielt eine Rolle im Zusammenhang mit Lebenszufriedenheit, doch noch wichtiger ist die Einkommensverteilung. In der EU geben 87 Prozent der Personen im obersten Einkommensquartil an, „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ zu sein, gegen bloß 73 Prozent im untersten. Der Grenznutzen einer Einkommenssteigerung nimmt jedoch rasch ab: Ein zusätzlicher Euro für einen Wohlhabenden bringt bloß ein Zehntel der zusätzlichen Zufriedenheit, die sie einem Armen (mit einem Einkommen von einem Zehntel) bringen würde, so Gunter Tichy vom Institut für ⁸Technikfolgenabschätzung in Wien.⁹

Eine große Mehrheit von 88 Prozent der Österreicher/innen ist mit dem Leben zufrieden, so die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2014.¹⁰ Bemerkenswert ist aber, dass vor 20 Jahren, zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Österreichs, exakt gleich viele Österreicher/innen mit ihrem Leben zufrieden waren, obwohl die Wirtschaft und auch die Kaufkraft der Menschen in dieser Zeit weiter gewachsen sind. Und zudem wird deutlich, dass die persönliche Lebenssituation bedeutend besser eingeschätzt wird als die des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft allgemein. Daraus lässt sich folgern, dass eine nachhaltige Strategie, die Lebenszufriedenheit zum Ziel hat, nicht mehr auf eine Steigerung der materiellen Bedingungen für alle Bürger/innen zielen soll, sondern auf jene der ökonomisch Benachteiligten, was bessere Bildungschancen für Benachteiligte sowie eine umverteilende Arbeitszeit- und Einkommenspolitik erfordert. Denn das Armutsrisiko steigt leider auch: laut Statistik Austria waren 2013 rund 1,5 Mio. Österreicher/innen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, fast 500.000 arbeiteten in prekären Beschäftigungsformen.¹¹

Eine nachhaltige Strategie, die Lebenszufriedenheit zum Ziel hat, soll nicht mehr auf eine Steigerung der materiellen Bedingungen für alle Bürger/innen zielen, sondern auf jene der ökonomisch Benachteiligten.

Verhältnis von Einkommensungleichheit und Gesundheit & Sozialproblemen



Quelle: Richard G. Wilkinson, Kate Pickett (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin.

Wichtiger als die Einkommenshöhe ist die Einkommensverteilung für die Lebenszufriedenheit. Die Unzufriedenheit ist umso höher, je höher die Ungleichheit ist. In Europa leidet naheliegender Weise vor allem die Gruppe der Armen unter Un-

Wichtiger als die Einkommenshöhe ist die Einkommensverteilung. Weniger ungleiche Gesellschaften haben bessere Lebensqualität.

⁸ Vgl. dazu Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft. Marburg, Metropolis.

⁹ Gunter Tichy (2011): Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Heft 3/2011. S. 44.

http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

¹⁰ Europäische Kommission (2014): Standard Eurobarometer 82. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Nationaler Bericht Österreich.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_at_at_nat.pdf

¹¹ Quelle ebd.

gleichheit, aber auch die Gruppe jener, die sich als „links“ einstufen, was mit politischem Bewusstsein zusammenhängt.¹² Empirische Studien belegen, dass Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit wirtschaftlich, sozial und kulturell besser abschneiden (s. *Grafik S. 6*). Es gibt geringere Krankheitskosten, höhere Bildungschancen, mehr kulturelle Beteiligung und sogar niedrigere Kriminalität, wie die britischen Autoren Richard Wilkinson und Kate Pickett¹³ herausgefunden haben. Die Wahrnehmung von Ungleichheit und ihrer Ursachen spielt jedoch eine wesentliche Rolle für die Bereitschaft, sich für eine faire Verteilung des Wirtschaftsprodukts zu engagieren.

Argument 2: Schaffung von Arbeitsplätzen

Häufig wird die Schaffung von *Arbeitsplätzen* für Wirtschaftswachstum ins Treffen geführt. Doch Wirtschaftswachstum schafft nur mehr bedingt neue Arbeitsplätze, da die Automatisierung zu beträchtlichen Arbeitseinsparungen führt. Arbeitsplätze entstehen vornehmlich, wenn Teile der im High-Tech-Sektor erwirtschafteten Gewinne in den Dienstleistungssektor überführt werden und dort neue Arbeit ermöglichen. Entscheidend ist also die Produktivität. Als wichtigste Zukunftsoption gilt freilich die Verkürzung der Arbeitszeiten, die durch innovative, neue Arbeitszeitmodelle umgesetzt werden kann. Das Ziel von Wirtschaften ist nicht, dass wir möglichst viel Arbeit haben, sondern dass wir uns das für ein gutes Leben Notwendige erzeugen können. **Arbeitszeitverkürzung** gibt es freilich nicht zum Nulltarif, doch Arbeitslosigkeit ist langfristig noch teurer. Die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit macht freilich Sinn, da in Dienstleistungsgesellschaften die Rationalisierungspotenziale schwinden. Kinderbetreuung oder Pflege von Hochbetagten lässt sich (zum Glück) nicht automatisieren. „High Tech“ finanziert – wie gesagt – „High Touch“.¹⁴

Betrachtet man die Entwicklung des **Wirtschaftswachstums** sowie der **Arbeitslosenquote** in Österreich seit 1950 (s. *Grafik S. 8*), so lässt sich hier durchaus ein Zusammenhang herstellen. Während bis in die 1970er-Jahre die Wachstumsrate in der Regel über der Arbeitslosenquote lag, hat sich das Verhältnis in den Folgejahrzehnten umgekehrt: die Arbeitslosenquote liegt meist deutlich über der Wachstumsrate. Während erstere stetig zunimmt, sinkt das Wirtschaftswachstum.¹⁵

Doch sind die Daten zu relativieren: Die sinkenden Wachstumsraten hängen vor allem mit einem immer größeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) zusammen. Das Wirtschaftsprodukt steigt, auch wenn die Wachstumsraten sinken. Das BIP hat sich in Österreich seit 1950 real vervierfacht. Und die Arbeitslosenquote hängt wesentlich auch mit der Anzahl der Erwerbspersonen zusammen, die aufgrund der steigenden Bevölkerung v. a. durch Zuwanderung und der Zunahme der Frauenbeschäftigung

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Letztere hängt aber wesentlich mit der Zunahme der Erwerbspersonen zusammen.

¹² Tichy 2011, S. 445

¹³ Richard G. Wilkinson, Kate Pickett (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin.

¹⁴ Alle OECD-Staaten sind zu Dienstleistungsgesellschaften geworden, in denen der Dienstleistungssektor 70 bis 80 Prozent der Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze generiert.

¹⁵ Quellen: BIP und Wirtschaftswachstum. WKÖ August 2015,

<http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-BIP.pdf>

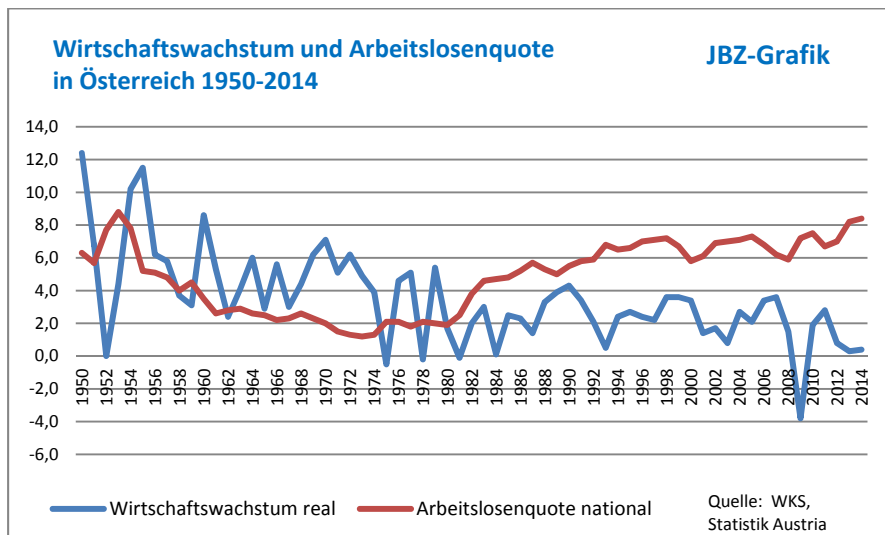
Arbeitslosenquote 1950-2014.

<http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/GLang-Arbeitsmarkt.pdf>

Statistik Austria: Arbeitslosenquote in Österreich

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitsuchende/arbeitslose_nationale_definition/index.html

stark gewachsen ist. Mehr Erwerbspersonen können die Arbeitslosigkeit erhöhen trotz steigender Arbeitsplätze. Andererseits verringert die Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze die Arbeitslosenquote (s. Grafik S. 9). Das Arbeitsvolumen, d. h. der Umfang der geleisteten Arbeitsstunden, sinkt in Österreich, während die Zahl der Arbeitsplätze weiter steigt.



Anmerkung: Die nationale Arbeitslosenquote wird berechnet auf Basis der vom Arbeitsmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbstständig Beschäftigten, d. h. Personen, die unter der Geringfügigkeit beschäftigt sind, sind in der Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition ist also höher als jene nach internationaler Definition, in der auch geringfügig Beschäftigte berücksichtigt sind.

Durch Rationalisierungsprozesse gehen permanent Arbeitsplätze verloren, die - so eine gängige Argumentation - nur durch Wachstum, in anderen Bereichen ersetzt werden können. Der Ökonom *Markus Marterbauer*¹⁶ spricht von einer „Arbeitslosigkeitsschwelle“ von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt, und von einer „Beschäftigungsschwelle“ von 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um Nettoarbeitsplätze zu schaffen, d. h. dass mehr neue Arbeitsplätze entstehen als durch den Strukturwandel verloren gehen.

Doch selbst Wachstumsbefürworter und Anhänger keynesianischer Konjunkturprogramme konzedieren, dass die Belegschaften in Zukunft auch über Arbeitszeitverkürzungen anstatt weiterer Lohnerhöhungen an den Produktivitätsfortschritten beteiligt werden können.¹⁷ Der Ökonom Tim Jackson und Berater der britischen Regierung plädiert für eine steuerliche Entlastung von Arbeit, um eine Sektorenverschiebung der Wirtschaft hin zu arbeitsintensiven Branchen bzw. solchen mit geringen Rationalisierungspotenzialen vor allem im **Dienstleistungsbereich** zu ermöglichen. Finanziert werden soll diese Sektorenverschiebung durch einen weiterhin auf Produktivitätsfortschritte und Wettbewerbsfähigkeit zielenden Exportsektor. Jackson geht davon aus, dass die „**Produktivitätsfalle**“, der bisher durch Wirtschaftswachstum zu entgehen versucht wurde, in Zukunft einen anderen Ausweg brauche. Bei konstant bleibendem Gesamteinkommen müssten Produktivitätssteigerungen eben durch eine Verringerung der Gesamtarbeitsmenge ausgeglichen werden. Um **Arbeitszeitreduzierungen** sozial verträglich gestalten zu können, sei eine relativ geringe Einkommensungleichheit nötig.¹⁸

¹⁶ Marterbauer, Markus (2008): Wem gehört der Wohlstand. Wien, Deuticke.

¹⁷ Exemplarisch: Heiner Flassbeck (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Berlin, Westend-Verlag; Markus Marterbauer (2011): Zahlen bitte. Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien, Deuticke.

¹⁸ Tim Jackson (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München, oekom.

Die Beschäftigungsschwelle wird bei 2 Prozent Wirtschaftswachstum angegeben.

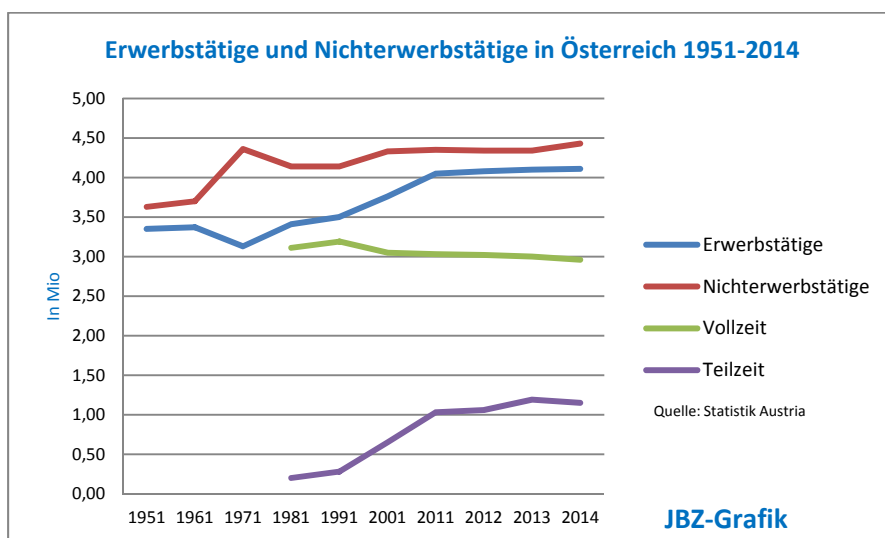
Argument 3: Sicherung der Sozialleistungen

Die Etablierung der staatlichen *Sozialleistungen* war möglich durch das Wirtschaftswachstum der Aufbaujahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Finanzierung in der Zukunft erfordert aber die **Neujustierung der Steuersysteme** dahingehend, dass Ressourcen, Luxusgüter sowie Vermögen stärker besteuert werden, was neben ökologischen auch soziale Lenkungseffekte hat. Die Vermögenskonzentration bei wenigen ist unproduktiv, daher volkswirtschaftlich schädlich, sofern es nicht in die Realwirtschaft investiert wird. Auch die Konsummöglichkeiten der Reichen sind begrenzt. Zudem muss eine an Lebensqualität orientierte Sozialpolitik den Schwerpunkt auf Prävention legen: Chancengleichheit und Fairness am Arbeitsmarkt durch mehr Bildung und kürzere Arbeitszeiten für alle sind besser als hohe Arbeitslosenkosten; Anstrengungen für eine gesunde Lebensführung sinnvoller als teure medizinische Behandlungen. Das Optimum wäre ja, möglichst spät, aber möglichst gesund zu sterben.

Die Finanzierung der Sozialleistungen wird häufig mit dem **Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen** in Verbindung gesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigkeiten ist in Österreich seit 1951 kontinuierlich von 3,4 Millionen auf 4,11 Millionen Personen im Jahr 2014 gestiegen. 3,56 Millionen der 4,11 Millionen Erwerbspersonen waren 2014 den unselbständig Beschäftigten zuzurechnen. Über eine halbe Million gehören zur Gruppe der Selbständigen.

Die Differenz zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen hat sich nach einem Auseinandergehen der beiden Größen in den 1970er-Jahren, dem Jahrzehnt der geburtenstärksten Jahrgänge sowie der Gastarbeiteranwerbung, in den Folgejahrzehnten kontinuierlich verringert (s. *Grafik*). 2014 standen 4,11 Erwerbstätige 4,43 Millionen Nicht-Erwerbstätige gegenüber. Für die Finanzierung der Sozialleistungen spielt jedoch nicht nur das Verhältnis von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, sondern insbesondere auch die Wertschöpfung der Volkswirtschaft sowie jene der Arbeitsplätze eine Rolle, aus denen sich das Steueraufkommen und die Pensionsbeiträge generieren.

Kontinuierliches Anwachsen der Erwerbstätigen in Österreich, seit den 1990er-Jahren jedoch Rückgang der Vollzeitstellen



Anmerkung: Der Erwerbstätigkeit liegt das ILO-Konzept zugrunde, das Personen ab einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von einer Stunde als erwerbstätig rechnet, d.h. dass hier auch geringfügig Beschäftigte sowie Personen in Karenz eingerechnet sind. Arbeitslose zählen zur Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen.

Markant ist der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten (erfasst seit 1981), der von einer halben Million Mitte der 1990er-Jahre auf heute knapp 1,15 Millionen angestiegen ist. Die Zahl der Vollzeitstellen sank von 3,1 Millionen im Jahr 1981 auf heute 2,96

Millionen (2014). 47 Prozent der erwerbstätigen Frauen und knapp 11 Prozent der erwerbstätigen Männer waren 2014 teilzeitbeschäftigt.¹⁹ Mehrere Autoren gehen davon aus, dass Vollbeschäftigung nur mehr durch eine Aufwertung von Teilzeittstellen möglich sein wird, und die Finanzierung der Sozialsysteme durch Heranziehung aller Einkommensarten auf breitere Beine gestellt werden müsse („Bürgerversicherung“).²⁰ Die Annahme, dass eine hohe Staatsquote, dem Wirtschaftswachstum abträglich sei, ist ebenso umstritten. Gerade komplexe Gesellschaften und hoch entwickelte Ökonomien sind auf Vorleistungen wie öffentliche Infrastrukturen, Bildung und Forschung angewiesen.²¹

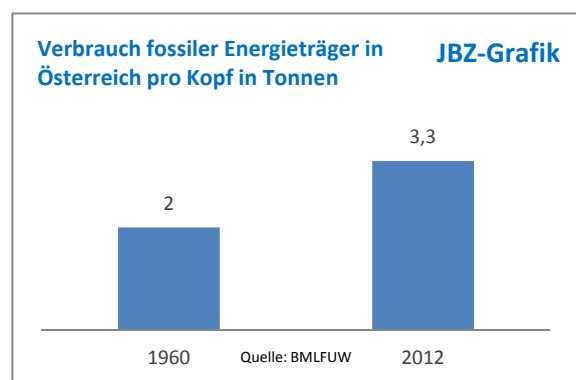
Argument 4: Finanzierung von Umweltschutz

Das Argument, dass *Umweltschutz* nur leistbar ist bei Wirtschaftswachstum, mag in der Anfangsphase der Industrialisierung gegolten haben. Sauberere Produktionsanlagen und effizientere Technologien waren das Ziel des klassischen Umweltschutzes – der Katalysator im Auto sowie der Filter im Schornstein des Industriebetriebs oder in der Kläranlage des Müllentsorgers galten als Synonyme für diesen Prozess. Die zentrale Herausforderung an nachhaltiges Wirtschaften heute liegt zumindest in den Wohlstandsländern jedoch in der drastischen **Reduzierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs**, nicht in noch besseren Schornsteinfiltern. Dieser Wandel hin zur Ressourcensparökonomie erfordert und ermöglicht die Postwachstumsperspektive. Wachstum ist nicht grundsätzlich schlecht, problematisch ist die Kopplung an hohen Ressourcenverbrauch, was bisher der Fall ist. In diesem Sinne konsumieren wir nicht nur zu viel, sondern produzieren auch zu viel.

Die Ressourceneffizienz der Wirtschaft bezieht sich auf den Materialverbrauch pro Einheit BIP. In Österreich stieg die Ressourceneffizienz zwischen 1960 bis 2007 jährlich durchschnittlich um 1,8 Prozent, doch das BIP stieg um jährlich 3,1 Prozent, also beinahe um den doppelten Faktor. Von 2007 - 2012 ist bedingt durch die Wirtschaftskrise der Materialverbrauch erstmals zurückgegangen, und zwar um 2 Prozent jährlich.²² Es kann daher von einer gewissen Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum gesprochen werden, auch wenn dieses natürlich in den letzten Jahren beinahe zum Erliegen gekommen ist (durchschnittlich 0,6 Prozent).

Der Verbrauch fossiler Energieträger, der wesentlich für den Klimawandel verantwortlich zeichnet, ist in Österreich von 1960 - 2012 um 12 Millionen Tonnen auf knapp 28 Millionen gestiegen, was einem Pro-Kopf-Anstieg von 2 auf 3,3 Tonnen entspricht.²³ Der österreichische Metallverbrauch lag 2012 bei knapp 10 Millionen Tonnen bei einer Bevölke-

Die zentrale Herausforderung an nachhaltiges Wirtschaften liegt in der drastischen Reduzierung des Rohstoff- und Energiekonsums.



¹⁹ Quellen: Erwerbstätige nach Alter und Geschlecht seit 1994.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/062875.html;

Walter Hain: Die Zukunft Österreichs in der demografischen Entwicklung.

http://members.chello.at/~master.walter.hain/Die_Zukunft_Oesterreichs_in_der_demographischen_Entwicklung.htm

²⁰ Karl Georg Zinn (2011): Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet. <http://denk-doch-mal.de/wp/karl-georg-zinn-vollbeschaeftigung-durch-wachstum-ist-obsolet/>

²¹ Henrik Müller (2015): Wirtschaftsirrtümer. Frankfurt, Campus; S. 102ff

²² BMLFUW (2015): Ressourcennutzung in Österreich. Wien, S. 57

²³ Ebd. S. 47

zung von knapp 8 Millionen.²⁴ Von der geforderten Dematerialisierung der Wirtschaft um den Faktor 5-10 sind wir also weit entfernt. Um das international vereinbarte Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, wäre bei Fortschreibung der bisherigen Emissionen das tolerierbare Volumen in 20 Jahren aufgebraucht. Ein großer Teil der Fossilreserven muss unter der Erde bleiben, wenn Klimaschutz wirklich ernst genommen wird.

Argument 5: Expansionszwang

Am schwersten zu entkräften ist das innerökonomische Argument des *Wachstumsdrangs* im kapitalistischen Wirtschaften, in dem hohe Renditen das primäre Ziel und das Konkurrieren um Größenvorteile das bestimmende Prinzip darstellen. Als Ursachen gelten die hohe **Fremdkapitalfinanzierung** von Unternehmen, die für ihre Aktionäre hohe Renditen erwirtschaften müssen sowie – was noch gewichtiger ist – das Prinzip des Fressens und Gefressen-Werdens in kapitalistischen Ökonomien. Wer nicht expandiert, läuft Gefahr, von anderen, eben größeren Unternehmen aufgekauft zu werden. Eine geringe Eigenkapitalquote macht Unternehmen instabil. Die Klein- und Mittelbetriebe, die den Großteil der Arbeitsplätze stellen, sind überdies gegenüber Großkonzernen doppelt im Nachteil: sie verfügen in der Regel über bedeutend geringere Werbeetats und haben nicht die Möglichkeit „steuerschonender“ Bilanzierung.²⁵

Die Verringerung der Fremdfinanzierung, neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding, Unternehmen nach Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht sowie eine auf das Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik, die regionale Wirtschaftskreise stärkt, können als Zukunftswege genannt werden. Die Bestrebungen, das Billigstbieter- durch das Bestbieterprinzip zu ersetzen, weisen hier in die richtige Richtung.

Mittlerweile existieren erste Studien über Unternehmen, die für sich keinen Wachstumsdruck spüren. Die Hälfte der 700 befragten Klein- und Mittelunternehmen geben in einer Studie des Deutschen Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung²⁶ an, dass sie für sich keine gesellschaftlichen Wachstumserwartungen und keinen ökonomischen Wachstumsdruck wahrnehmen beziehungsweise dass diese für ihr Handeln nicht relevant sind.

Die andere Hälfte der KMU nimmt durchaus **externe Wachstumserwartungen** oder Wachstumsdruck wahr, selten jedoch in solch hohem Maße, dass sie ihre Unternehmenswerte gefährdet sehen. Jedes zweite dieser Unternehmen versucht vielmehr, die Wachstumserwartungen nur begrenzt zu bedienen und sich dem (ökonomischen) Druck zu entziehen, um Ziel- und Wertkonflikte möglichst zu vermeiden.

Bei Unternehmen mit Wachstumsdruck wirkt mit, dass Wachstum teilweise als Erfolgs- und Leistungsnachweis wahrgenommen wird, den man gegenüber den internen und externen Stakeholdern erbringen muss (und möchte). Die zentralen Ur-

Ein großer Teil der Klein- und Mittelunternehmen sieht keinen Wachstumsdruck und findet Strategien jenseits des Expandieren-Müssens.

²⁴ Ebd. S. 50

²⁵ Gerhard Schick (2014): *Machtwirtschaft – nein danke. Für eine Wirtschaft, die uns allen dient.* Frankfurt, Campus; Arno Gahrman (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen.* Berlin, Westend.

²⁶ ÖIW (2015): *Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen.* Verf.: Jana Gebauer, Julian Sagebiel, Schriftenreihe des IÖW 208/15. http://www.ioew.de/publikation/wie_wichtig_ist_wachstum_fuer_kmu/

chen für Wachstumsdruck werden jedoch im Kosten- und Investitionsdruck gesehen – rund 60 Prozent aller Nennungen entfallen hierauf. Unternehmen ohne Wachstumsdruck nennen als Strategien: Positionierung in Marktnischen, Nachhaltigkeitsorientierte Qualitätsführerschaft, Regionale Einbettung, Vermeidung von Abhängigkeiten, Entschleunigung, Kostenreduktion.

Der Ökonom *André Reichel* von der Karlshochschule International University geht davon aus, dass schwache Wachstumsraten zur neuen Normalität werden und dass auch die Gewinnspannen der Unternehmen zurückgehen. Während die „Now Economy“ noch auf herkömmliches Wachstum durch Mehrung des Güterausstoßes fixiert sei, würde Wachstum in der „Next Economy“ nur mehr in Nischen bei starker Kundenbindung sowie in der Unterstützung suffizienter Lebensstile möglich sein. Auch die Verbreitung von Share Economy, Tauschwirtschaft sowie moderne Eigenproduktion würden die Gewinnmargen herkömmlicher Unternehmen schmälern.²⁷

Heidi Leonhardt und Maria Juschten von der BOKU Wien haben in ihrer Masterarbeit an der WU Wien Wachstumsmechanismen, Gründe für Wachstum und so genannte Postwachstumsunternehmen untersucht (Studie erscheint demnächst).²⁸

Argument 6: Deflationsgefahr

Manche führen auch das Zinssystem als Ursache für den Wachstumszwang an. Über Kredite finanzierte Unternehmen sind angehalten, nicht nur Erträge für die Finanzierung der Betriebsausgaben – Löhne der MitarbeiterInnen, Investitionskosten – zu erwirtschaften, sondern auch den Zinsdienst. Da zwischen Produktion und Verkauf immer eine gewisse Zeitspanne liegt, müssen Produkte über Kredite sozusagen vorfinanziert werden. Und da der Absatz der produzierten Güter immer mit einem gewissen Risiko behaftet ist, würden Unternehmen zu produzieren aufhören, wenn sich Investieren nicht mehr lohnt, so befürchtet der Ökonom *Hans Christoph Binswanger*.²⁹ Die Volkswirtschaft würde bei sinkenden Profitraten nicht nur stagnieren, sondern sogar schrumpfen (Angst vor Deflation). Binswanger spricht daher von einer **Wachstumsspirale**, auch wenn er davon ausgeht, dass etwa 1-2 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft reichen würden, um der Gefahr der Deflation zu entgehen.

Der Sozialwissenschaftler *Wolfgang Streeck* warnt in dem viel beachteten Buch „Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des Kapitalismus“³⁰ vor einem **Investitionsstreik** der Unternehmen, der heute bedeutend gefährlicher und wirksamer sei als der Arbeitsstreik von Belegschaften. In der Tat führen schlechte Wachstumsprognosen zur Investitionszurückhaltung von Unternehmen, doch Investieren macht ohnedies nur Sinn, wenn Nachfrage nach Gütern bzw. Dienstleistungen generiert werden kann. Sättigungstendenzen sind ernst zu nehmen und gelten als Signal jeder freien Marktwirtschaft. Dass niedrige Zinsen allein die Investitionen anregen,

Die Gefahr des Investitionsstreiks der Unternehmen ist bedeutend größer als jene des Arbeitsstreiks der Belegschaften.

²⁷ André Reichel (2015): What's next? Wirtschaften jenseits des Wachstums. In: Zukunftsreport 2016. Hg. von Matthias Horx, S. 111 ff. Mehr: www.zukunftsinstitut.de.

Vgl. auch den Vortrag von Reichel bei der Grünen Wirtschaft Salzburg („Unternehmen müssen wachstumsunabhängiger werden“, www.gruenewirtschaft.at/site/laender/salzburg/aktuelles/article/513.html) sowie den Bericht in Salzburger Nachrichten vom 26. 1. 2016 („Angst vor dem Nichtwachsen“).

²⁸ Heidi Leonhardt, Maria Juschten (2015): Questioning Staus Quo. How Non-Growing Companies Succeed in a Growth-Driven Economy Masterarbeit an der WU Wien, Oktober 2015.

²⁹ Hans Christoph Binswanger (2006): Die Wachstumsspirale. Marburg, Metropolis.

³⁰ Wolfgang Streeck (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des Kapitalismus. Frankfurt, Suhrkamp.

stimmt so nicht mehr, wie die aktuelle Niedrigzinspolitik zeigt. Bei mangelnder Nachfrage bzw. Marktsättigung wird auch trotz billigen Geldes nicht investiert.

Binswanger macht Vorschläge, wie der Wachstumsdrang durch neue Unternehmensformen nach Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht (Gewinne werden reinvestiert, kein Renditezwang) oder Beschränkungen für börsennotierte Unternehmen (gesetzlich festgelegte Mindesthaltedauer von Aktien) zumindest gedämpft werden könnte.³¹ Andere gehen noch einen Schritt weiter und plädieren für die gänzliche Abkehr von börsennotierten Unternehmen.³²

Entscheidend wird jedoch in Zukunft sein, dass Investitionen auf nachhaltige Wirtschaftssektoren sowie die Deckung der Grundbedürfnisse in jenen Länder, die Aufholbedarf haben, gelenkt werden.

Der tschechische Ökonom Tomáš Sedláček und der Journalist Oliver Tanzer³³ machen das Hauptdilemma des kapitalistischen Wirtschaftens machen im „perversen Kreislauf von Konsum und Wachstum“ aus. Es wird produziert und zugleich muss der Absatz für das Produzierte sichergestellt werden. Die Legende von Lilith ist daher die titelgebende Geschichte ihres Buches „Ökonomie auf Freuds Couch“. Lilith, nach hebräischer Überlieferung die erste Frau Adams, wird dazu verdammt, immerfort Kinder zu gebären und diese sofort wieder aufzuessen - der moderne „Fluch von Produktion und Vernichtung“. Zugleich gäbe es aber Knappheit in der Welt, die nicht überwunden wird: „Die Maxime unserer Zeit ist es, nicht die Hungernden zu ernähren, sondern die Satten.“ Die Werbung tue daher nichts anderes, als „unseren nicht existierenden Hunger auf libidinöse Weise zu wecken.“³⁴

Wir brauchen eine Ökonomie für die Hungernden, nicht für die ohnedies Satten.

Investiert muss in Zukunft dort werden, wo tatsächlich noch Bedarf besteht. Da gibt es ohnehin noch viel zu tun. Franz Josef Radermacher³⁵ fordert in diesem Sinne seit vielen Jahren einen Global Marshall Plan, über den jährlich 100 Mrd. Dollar zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit lukriert werden sollen. Allein die Maghreb-Staaten haben großen Entwicklungsbedarf – wirtschaftliche Kooperation wäre hier auch im Eigeninteresse Europas bedeutend sinnvoller (gewesen) als nachträgliche Brandbekämpfung bzw. Kriseneindämmung. Die Weltwirtschaft soll durchaus wachsen, jedoch konzentriert auf die Deckung von Grundbedürfnissen jener, die Versorgungslücken und Entwicklungsbedarf haben.

Das größte Wirtschaftsversagen besteht demnach darin, dass für jene produziert wird, die über die größte Kaufkraft verfügen, und nicht für jene, die den größten Bedarf haben. Die Wirtschaftswissenschaften, die Politik und die Unternehmen sind gefordert, hier neue Ansätze zu entwickeln.

³¹ Hans Christoph Binswanger (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg, Murmann.

³² Christian Felber (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien, Deuticke.

³³ Tomáš Sedláček, Oliver Tanzer (2015): Lilith und die Dämonen des Kapitals. Die Ökonomie auf Freuds Couch. München, Hanser.

³⁴ Ebd. S. 25 bzw. 46

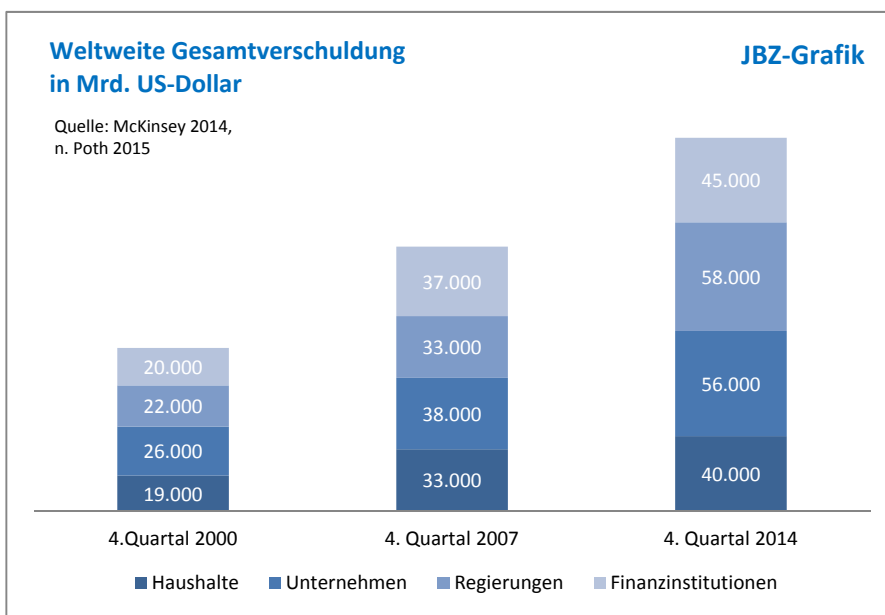
³⁵ Franz Josef Radermacher, Bert Beyers (2011): Welt mit Zukunft. Die ökosoziale Perspektive. Hamburg, Murmann.

Argument 7: Staatsverschuldung

So wie Unternehmen Kredite einschließlich Zinsen nur zurückzahlen können, wenn sie entsprechende Gewinne machen, können Staaten ihre Schulden nur begleichen, wenn sie auf höhere Staatseinnahmen hoffen dürfen – so die landläufige Meinung, die zunächst einleuchtet. Doch die Realität sieht anders aus. Blickt man auf die Entwicklung der Schulden in den letzten Jahrzehnten, so wird deutlich, was der Soziologe Ralf Dahrendorf treffend mit „Pumpkapitalismus“ bezeichnet hat. Wachstum wurde immer stärker durch Schulden finanziert – eine These, die auch Wolfgang Streeck (s. o.) vertritt: Mit Schulden sei Zeit gekauft worden, um die Wachstumskrise hinauszuzögern.

Die weltweite Gesamtverschuldung (Unternehmen, Finanzinstitutionen, Staat, Haushalte) ist seit der Finanzkrise auf einen Rekordwert angeschwollen, sowohl nominell als auch im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, so eine Studie von McKinsey aus 2014.³⁶ Nur etwa ein Drittel der zusätzlichen 57.000 Milliarden Dollar hat sich in Wirtschaftswachstum niedergeschlagen: Ein großer Brocken ging in die Bankenrettung, der Rest strömte in die Finanzmärkte, finanzierte Fusionen, Übernahmen und Aktienrückkäufe und trieb die Börsenindizes weltweit in die Höhe.

Unser Wachstum basiert zu einem großen Teil auf Schulden. Die Schuldenbremse wird jedoch ohne eine Vermögensbremse nicht machbar sein.



Der Expansion der Schulden steht – was naheliegt – jene der Vermögen gegenüber. Denn die Vermögen der einen sind immer die Schulden der anderen. Die Geldschöpfung der Banken durch Kredite, die nur zum Teil mit Rücklagen gedeckt sein müssen, hat zur starken Ausweitung der virtuellen Geldmenge geführt.³⁷ Die Expansion des spekulativen Finanzsektors führte zudem zu dessen Entkopplung von der Realwirtschaft – ein Umstand, auf den Stephan Schulmeister verweist.³⁸

Das System funktioniert nur solange wie die Gläubiger an die Bonität der Schuldner glauben. Und es funktioniert nur, weil die Banken davon ausgehen, dass nie alle

³⁶ Zit. n. Robert Poth (2015): Rezessionsängste. In: Südwind-Magazin 11/2015.

<http://www.suedwind-magazin.at/rezessionsaengste>

³⁷ Dirk Solte, Wolfgang Eichhorn (2009): Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick, Analyse, Ausblick. Frankfurt/M.: Fischer.

³⁸ Stephan Schulmeister (2010): Mitten in der großen Krise. Ein New Deal für Europa. Wien, Picus-Verlag.

Gläubiger ihr Geld gleichzeitig zurückwollen, worauf Franz Josef Radermacher anhand des Spiels „Reise nach Jerusalem“ (s. o.) eingeht.

Schulden sind ernst zu nehmen. Doch das Risiko, dass diese nicht zurückgezahlt werden, muss wieder den Banken zufallen, damit diese sorgfältiger wirtschaften. Die EU ist nicht nur daran, steuerschonende Geschäftspraktiken von Konzernen zu unterbinden („Gruppenbesteuerung“), sondern Bankenrettungspakete wie jenes der letzten Jahre in Zukunft zu verhindern, in dem zunächst die Gläubiger zur Kasse gebeten werden sollen. Schulden sind freilich nicht gleich Schulden. Kredite für Zukunftsinvestitionen, die in Zukunft Erträge abwerfen oder zukünftigen Generationen Investitionen ersparen (etwa bei öffentlichen Infrastrukturen) sind zu unterscheiden von Konsumschulden. Dennoch ist die hohe Verschuldungsrate ein destabilisierendes Moment. Immer mehr Ökonomen gehen davon aus, dass in Zukunft Schuldenschnitte bzw. der Abgleich von Vermögen und Schulden durch höhere Vermögensabgaben nötig sein werden. Mehr Wirtschaftswachstum wird nicht in der Lage sein, die gigantischen Schuldenberge der Staaten abzutragen.³⁹

Ausblick I: New Deal für Europa

Der Übergang in die Postwachstumsökonomie geht nicht ohne Friktionen ab. Es macht aber Sinn, diesen proaktiv zu gestalten anstatt dem alten Wachstumsdogma hinterher zu rennen. Der Wirtschaftsforscher *Stephan Schulmeister*⁴⁰ fordert einen „New Deal“ für Europa, also ein Wachstumsprogramm. Doch er sieht dies sehr differenziert. Neben einer - mittlerweile umgesetzten - Niedrigzinspolitik (Zins unter realer Wachstumsrate), der **Förderung der Realwirtschaft** bei gleichzeitiger Zurückdrängung der spekulativen Finanzgeschäfte sowie grünen Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz schlägt Schulmeister – wie andere auch - eine europäische Geld- und Sozialpolitik vor, die wirtschaftsschwächere Staaten aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte herauslöst und – man hört richtig – eine EU-weite Mindestsicherung garantiert.

Nötig ist ein differenziertes und nachhaltiges Wachstumsprogramm für Europa.

In reichen Ländern plädiert Schulmeister für flexible, neue Arbeitszeitmodelle, die den Arbeitsmarkt entlasten und die Lebensqualität der Menschen steigern, sowie für die Ausweitung öffentlicher Leistungen wie Bildung oder Gesundheitsvorsorge. Die Vermögenden sollen – wie im New Deal der 1930-Jahre durch US-Präsident Roosevelt – bedeutend stärker an der Finanzierung der Umwelt- und Sozialprogramme beteiligt werden. In einem aktuellen Aufsatz⁴¹ geht Schulmeister davon aus, dass auch hochentwickelte Volkswirtschaften in nächster Zeit Wachstumsraten von 1-2 Prozent brauchen werden, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Staatsschulden abzubauen. Für die EU veranschlagt er 3 Prozent Wachstum in den nächsten Jahrzehnten, wobei dieses in den Volkswirtschaften mit niedrigerem BIP höher, in denen mit hohem BIP geringer ausfallen müsste.

Dass hoch entwickelte Volkswirtschaften in ihrem Reifestadium zu wachsen aufhören würden, prognostizierte *John Maynard Keynes*, bekannt als Begründer staatli-

³⁹ Vgl. etwa Raimund Dietz (2013): Geld und Schuld. Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft. Marburg, Metropolis; David Graeber (2012): Schulden. Die ersten 5000 Jahre. Stuttgart, Klett-Kotta.

⁴⁰ Stephan Schulmeister a. a. O.

⁴¹ Stephan Schulmeister (2015): Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht.

http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf

cher Konjunktur- und Wachstumsprogramme, bereits in den 1930-Jahren. In seinem Essay „Die ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkel“ vertrat er die Auffassung, dass die Produktivitätssteigerungen irgendwann die Konsumtionskapazitäten übersteigen würden, was jedoch die Option zunehmender Verkürzung der Arbeitszeiten eröffne. Nach der Devise: Mehr Zeit zum Leben statt noch mehr Konsum.⁴²

Ausblick II: Umfassende Steuerreform

Die Anfang 2016 in Österreich in Kraft getretene und in großformatigen Annoncen von der Regierung gelobte Steuerreform setzt auf Wachstumsimpulse durch Kaufkraftsteigerung. Die Entlastung des Faktors Arbeit bei den mittleren und unteren Einkommen macht durchaus Sinn, sie greift aber zu kurz. Ausgeblendet bleiben die **Ökologisierung des Steuersystems** sowie das Andenken möglicher Postwachstumsszenarien. Herausforderungen wie der Klimawandel, steigende Migrationsströme, der Abbau von Staatsverschuldung sowie eine nachhaltige Sicherung der Sozialsysteme lassen sich mit Kaufkraft- und Konsumsteigerung nicht lösen. Teilweise sind sie – wie im Falle des Klimawandels – sogar kontraproduktiv. Notwendig sind neue Wohlstandsbilder⁴³, nachhaltige Kursänderungen sowie eine neue Steuerbasis.

Die Heranziehung der Vermögenden - wie immer diese im Detail aussehen mag – zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben wird auch in Österreich viel zu ideologisch und von Lobbyinteressen dominiert geführt; notwendig wäre ein pragmatischer Zugang etwa mit Verweis auf den New Deal der 1930er-Jahren in den USA. Und der Aspekt der Neuverteilung des vorhandenen bzw. verbleibenden Erwerbsarbeitsvolumens – Arbeit gibt es ja auch jenseits der Erwerbsarbeit – bleibt zumindest bislang völlig außen vor. Politik fährt am besten mit konkreten, pragmatischen Schritten und sie braucht immer Kompromisse. Doch faule Kompromisse bringen nicht weiter. Wahrscheinlich hätte ein **umfassenderer Zugang** zur Reform des österreichischen Steuersystems mehr Chancen auf Umsetzung als die erzielten Kompromisse. Die Bürger und Bürgerinnen würde man bei entsprechender Vermittlung dabei sicher gewinnen können. Und wohl auch die Vermögenden, wenn die Argumente plausibel dargelegt werden.

Herausforderungen wie der Klimawandel, steigende Migrationsströme, Abbau von Staatsverschuldung sowie eine nachhaltige Sicherung der Sozialsysteme lassen sich Kaufkraft- und Konsumsteigerung nicht lösen.

Ausweg III: Neue globale Investitionsprioritäten

Es gibt noch genug zu tun für innovative UnternehmerInnen sowie für eine an den Menschenrechten orientierte Politik. Doch den Worten müssen Taten folgen. Im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung wurde schon viel zu lange nur auf Appelle zur Verhaltensänderung gesetzt. Notwendig sind jedoch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die nachhaltiges Verhalten durch Unternehmen wie durch uns Bürger und Bürgerinnen verpflichtend einfordern. Der Idee der Nachhaltigkeit muss das **Recht der Nachhaltigkeit** folgen. Ein wichtiger Schritt sind die richtigen steuerlichen Anreize, ein anderer neue Investitionsprioritäten.

Es gibt noch genug zu tun für innovative UnternehmerInnen sowie für eine an den Menschenrechten orientierte Politik. Doch derzeit fließt das Geld der Welt noch weitgehend in nicht nachhaltige Strukturen.

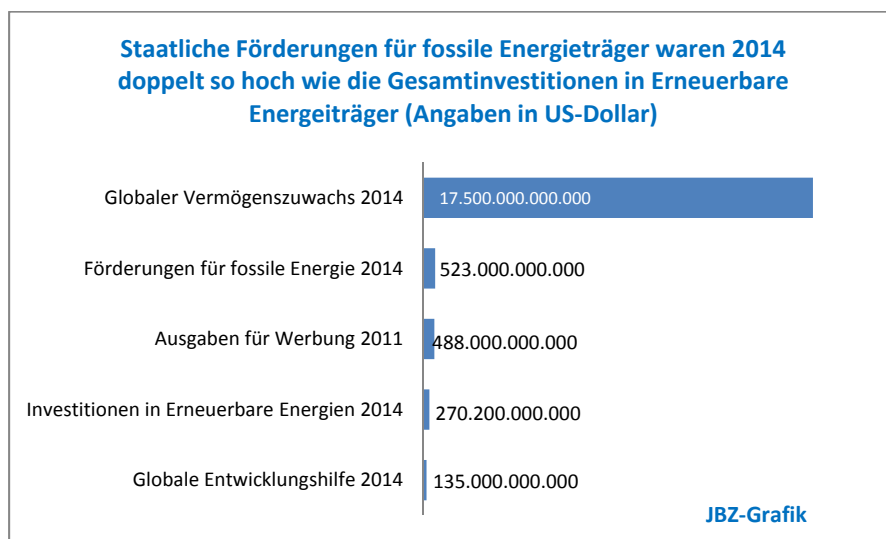
⁴² John Maynard Keynes (1930): Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel. Download: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67313/moeglichkeiten-unserer-enkel>.

⁴³ Vgl. Hans Holzinger (2016): Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. München, oekom (im Erscheinen).

Denn derzeit fließt das Geld der Welt noch weitgehend in nicht nachhaltige Strukturen. Die OECD-Staaten haben im Jahr 2014 135,2 Mrd. Dollar an **Entwicklungshilfe** (ODA = Official Development Assistance) geleistet, so Daten des Development Assistance Committee (DAC) entnommen einer Zusammenstellung des Welthaus Bielefeld. Der von den Geberländern angepeilte Anteil der ODA-Mittel von 0,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt wird damit weit verfehlt - er lag bei 0,29 Prozent. Lediglich Schweden und Norwegen lagen mit 1,1 bzw. 0,99 Prozent über diesem Zielwert. Deutschland erreichte 0,41 Prozent, Österreich knapp 0,3 und die USA nur 0,19 Prozent.⁴⁴

Die weltweiten Ausgaben für Werbung liegen beim über Dreifachen der Entwicklungshilfe, nämlich bei knapp 500 Mrd. Dollar.⁴⁵ Und laut Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) wurden 2014 weltweit 523 Mrd. Dollar an staatlichen Subventionen für fossile Energien ausgegeben. Demgegenüber betragen die Gesamtinvestitionen in Erneuerbare Energien 2014 lediglich 270,2 Mrd. Dollar, so Angaben des „Renewables 2015 Global Status Report“.⁴⁶

Die Geldvermögen sind laut einer Studie der Boston Consulting Group von 2013 bis 2014 von 146,8 auf 156,3 Billionen Dollar, was einem Zuwachs von 17,5 Billionen Dollar entspricht.⁴⁷ Dieses Geld wird zwar weitgehend reinvestiert, aber wohl nur zu einem geringen Teil in nachhaltige Projekte. Sinnvoller wäre es, einen Teil dieser Vermögen abzuschöpfen, um eine globale Energiewende zu finanzieren, die auch den Ländern nachholender Entwicklung zu Gute käme und im Sinne der soeben von der Staatengemeinschaft verkündeten *Sustainable Development Goals* wirken würde.



Die staatlichen Förderungen für fossile Energieträger waren 2014 viermal so hoch wie die globale Entwicklungshilfe. Die weltweiten Ausgaben für Werbung betragen mehr als das Dreifache des Weltentwicklungs-hilfebudgets.

⁴⁴ Datenblatt Entwicklungspolitik. Hrsg. vom Welthaus Bielefeld. 27.4.2015
www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik.pdf
 Download 25.1.2016

⁴⁵ Weltweite Ausgaben für Werbung seit 2008.
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160585/umfrage/weltweite-ausgaben-fuer-werbung-seit-2008/>
 Download 25.1.2016

⁴⁶ Die Welt steckt mehr Geld in Öl als in Gesundheit. Daten nach IEA und IWF. In: Die Welt.
www.welt.de/wirtschaft/energie/article141084514/Die-Welt-steckt-mehr-Geld-in-Oel-als-in-Gesundheit.html
 Renewables 2015 Global Status Report: www.ren21.net/status-of-renewables/global-status-report/ Download 25.1.2016

⁴⁷ Zahl der Millionärshaushalte wächst weltweit um über 13 Prozent. In: Spiegel Online
www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vermoegen-zahl-der-millionaershaushalte-waechst-weltweit-um-13-prozent-a-1038873.html Download 25.1.2016

In den reichen Ländern steht zudem ein radikaler Umbau der Mobilitäts- und Konsumstrukturen an, um die in Paris beschlossenen Klimaschutz-Ziele Realität werden zu lassen. Ein Wirtschaftswachstum, das den Ärmeren zu Gute kommt, braucht neue Entwicklungsstrategien sowie neue Investitionsprioritäten. Ganz oben auf der Agenda muss dabei die Eindämmung der Rüstungsausgaben stehen. 1,747 Billionen Dollar wurden 2013 laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI weltweit für Soldaten, Waffen und Militäreinsätze ausgegeben. Dafür könnte man laut einer Schätzung des ifo-Instituts 59 Millionen Flüchtlinge für ein Jahr mit Unterkunft und Essen versorgen.⁴⁸

Ausweg IV: Postwachstum für die reichen Volkswirtschaften

Die aktuelle Literatur zeigt, dass es mittlerweile einen regen Diskurs über Alternativen zum herkömmlichen Wirtschaftswachstum gibt.⁴⁹ Dabei geht es um ökologische Aspekte ebenso wie um Fragen nach dem guten Leben. Ein Grund für die Zunahme der Debatten liegt wohl darin, dass geringe Wachstumsraten zur neuen Normalität geworden sind, neue Anpassungsstrategien daher aufgrund neuer Fakten notwendig sein werden.

Die starke Zunahme der **Vermögens- und Einkommensspreizungen** sowie die sich häufenden Finanzkrisen durch überhitzte Finanzmärkte haben dazu geführt, dass das Wachstumsdogma auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen hinterfragt wird. Der Ruf nach einer anderen Verteilung des Erwirtschafteten wird lauter – beflügelt von einschlägigen Studien, die zeigen, dass Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit stabiler und sozial ausgeglichener sind (s. o.).

Die starke **Verschuldung der Staaten**, die zusehends als Moment der Nicht-Nachhaltigkeit erkannt wird, drängt die Regierungen über kurz oder lang dazu, sich offensiver der Verteilungsfrage zu stellen. Da das Arbeitsvolumen in allen hochentwickelten Volkswirtschaften sinkt, Netto-Arbeitsplätze fast ausschließlich nur mehr über die Zunahme der Teilzeitstellen (als einer Art Arbeitszeitverkürzung) geschaffen werden, erhält auch das Argument der Konjunkturanfurbelung durch höhere Kaufkraft für die niedrigen EinkommensbezieherInnen mehr Gewicht. Denn anders als die höheren Einkommenschichten geben diese das Einkommen zum Großteil für Konsumzwecke aus.

In hochproduktiven Volkswirtschaften gewinnt zudem die Einsicht an Bedeutung, dass der Abbau von Arbeitslosigkeit auch der Verringerung der Arbeitszeiten bedarf bzw. zumindest der Forcierung neuer Arbeitszeitmodelle, die auf Zeitwohlstand setzen. Noch ist nicht ausgemacht, wie stark die **Bewegungen einer Konsumrücknahme** im Sinne eines suffizienten Lebensstil sowie eines regionalen Wirtschaftens sein werden. Spürbar sind sie auf alle Fälle gewachsen. Offen ist auch, wie sich die demografischen Verschiebungen auf das Wirtschaftswachstum und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auswirken werden.

In den Ländern aufholender Entwicklung wird Wachstum in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend wird dabei sein, wie es gelingen kann,

Die starke Verschuldung der Staaten, die zusehends als Moment der Nicht-Nachhaltigkeit erkannt wird, drängt die Regierungen über kurz oder lang dazu, sich offensiver der Verteilungsfrage zu stellen.

⁴⁸ Zit. n. Salzburger Nachrichten, 12.2.2016

⁴⁹ Vgl. Hans Holzinger (2016): Wachstumsgrenzen. Die (Post-)Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Zukunftsdossier. Wien/Salzburg. Download: www.wachstumimandel.at

dass dieses Wachstum den breiten Bevölkerungsschichten zu Gute kommt. Die gegenwärtige Globalisierung stärkt tendenziell die neuen globalen Mittel- und Oberschichten sowie die internationalen Konzerne. Die steigende Ungleichheit steht der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte entgegen.⁵⁰

Noch keineswegs ausgemacht ist auch, ob die ökologische Wende und eine Dekarbonisierung des Wirtschaftens gelingen werden. Viele Indizien sprechen dafür, dass hierfür bedeutend größere Transformationen, etwa hinsichtlich Investitionsprioritäten nötig sein werden und dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zumindest bisher nur sehr marginal geblieben ist.⁵¹

Die Debatten über Post-Wachstum werden weitergehen. Sie sind notwendig und befruchtend. Die dabei entwickelten Konzepte könnten ähnlich die ersten Ansätze biologischen Landbaus oder Erneuerbarer Energiequellen zu Pionierleistungen werden, wenn die Zeit dafür reif sein wird.

Derzeit stehen mehrere Ansätze in Diskussion, die teilweise einander ergänzen, teilweise aber weiterhin äußerst kontrovers liegen:

- Konjunkturankurbelung durch **Konsumwachstum**, ermöglicht durch Kaukraftsteigerung und flankiert durch ökologische Maßnahmen (Wirtschaftsforschungsinstitute, Mehrheit in der Politik)
- Übergang zu **Dienstleistungswirtschaften** mit der Förderung öffentlicher Angebote bei gleichzeitiger Zurückdrängung oder zumindest Nichtforcierung privater Konsumnachfrage
- Wachstum durch **grüne Investitionen** und ökologischen Strukturwandel
- Wachstumsrücknahme durch **Konsumrücknahme** und Ausbau des Eigenwirtschaftssektors
- **Neuverteilung der Erwerbsarbeit** aufgrund sinkender Wachstumsraten und Arbeitszeitverkürzung (mit und ohne Lohnausgleichung)
- Finanzierung von öffentlichen Aufgaben in der Postwachstumsgesellschaft durch **Vermögens- und Einkommensbeschränkungen**
- **Abbau der öffentlichen Verschuldung** durch (einmaligen) Rückbau der privaten Vermögenskonzentration
- **Ökologisierung durch Ressourcensteuern**, Verschiebung von Abgaben auf Arbeit zu Abgaben auf Naturverbrauch
- Suche nach einem **Dritten Weg** zwischen Kapitalismus und Kommunismus, etwa durch eine Gemeinwohlökonomie oder alternative Wirtschaftsansätze und Unternehmensformen
- **Überwindung des Kapitalismus** und Aufbau solidarischer Ökonomien oder eines Ökosozialismus - ein m. E. wenig wahrscheinlicher Ansatz, auch wenn sich Mischformen zwischen Profit- und Gemeinwohlorientierung etablieren werden
- **Ausbau lokaler Ökonomien** mit Zweitwährungen und Grundgüter-Märkten
- Forcierung **globaler alternativer Entwicklungs- und Finanzierungswege**; Umsetzung der Menschenrechte für alle.

⁵⁰Chandran Nair(2011): Der große Verbrauch. Warum das Überleben unseres Planeten von den Wirtschaftsmächten Asiens abhängt. München, Riemann.

⁵¹WBGU (2012): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Eigenverl., Berli www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg20:

Noch ist keineswegs ausgemacht ist, ob die ökologische Wende und eine Dekarbonisierung des Wirtschaftens gelingen werden. Viele Indizien sprechen dafür, dass hierfür bedeutend größere Transformationen, etwa hinsichtlich Investitionsprioritäten nötig sein werden und dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zumindest bisher nur sehr marginal geblieben ist.

Entscheidend wird sein, wie stark die Bewegungen einer freiwilligen Konsumrücknahme an Breite gewinnen werden, und wie weit es gelingen wird, die Potenziale der Solidarität gegenüber Einzel-Egoismen zu aktivieren.

Diese Vielfalt mag verwirren. Sie macht aber zugleich das Lebendige offener Debatten über die Zukunft aus! Entscheidend wird sein, wie stark die Bewegungen einer freiwilligen Konsumrücknahme an Breite gewinnen werden, und wie weit es gelingen wird, die Potenziale der Solidarität gegenüber Einzel-Egoismen zu aktivieren. Denn die Herausforderungen an die Wohlstandsgesellschaften steigen auch durch die Zunahme von Migration und Flüchtlingsbewegungen. Und sollten die Staaten ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen können, dann braucht es nicht nur Diskurse der Solidarität, sondern auch eine neue, solide Finanzierungsbasis. Die neu aufflammenden Nationalismen in Europa lassen hier nichts Gutes befürchten.

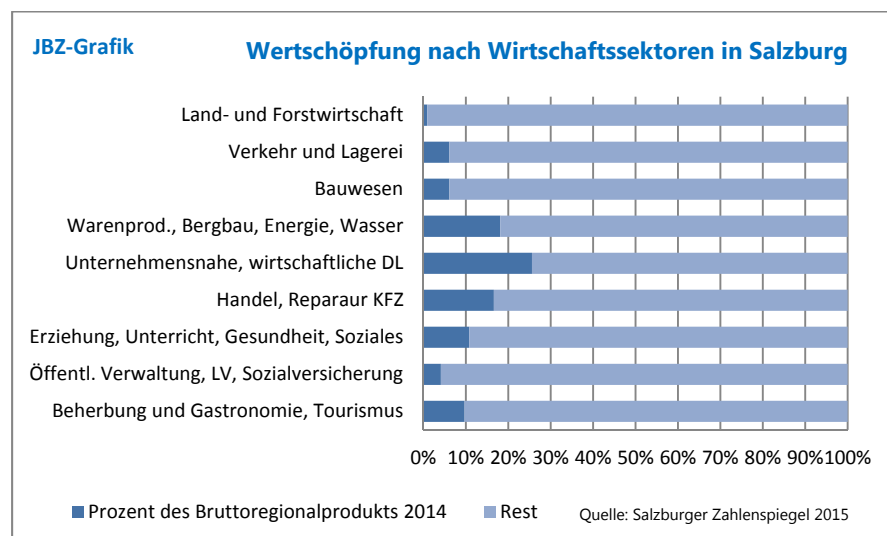
Teil II: Salzburgs Wirtschaft im Kontext von Nachhaltigkeit und sinkenden Wachstumsraten

Salzburgs Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaft von Salzburg ist geprägt durch einen starken Dienstleistungssektor, der mit knapp 75 Prozent drei Viertel der Wertschöpfung ausmacht. Auf den produzierenden Sektor inkl. Bergbau, Wasser- und Energiewirtschaft und Bauwesen entfallen knapp 25 Prozent. Der Wertschöpfungsanteil von Land- und Forstwirtschaft ist auf unter 1 Prozent gesunken. Salzburg liegt hinsichtlich Dienstleistungsorientierung an zweiter Stelle hinter Wien. In Bezug auf das Bruttoregionalprodukt/Kopf rangiert Salzburg mit 45.500 € ebenfalls nach Wien an 2. Stelle im Bundesländervergleich.⁵² Bezogen auf die Wertschöpfung einzelner Branchen lag 2014 der Bereich Warenherstellung inkl. Wasser- und Energiewirtschaft (18,1 Prozent) vor dem Handel inkl. KFZ-Reparaturen (16,6 Prozent) und unternehmensnahen Dienstleistungen (16,4 Prozent). An 4. Stelle folgte der Tourismus mit 9,7 Prozent, gefolgt vom Bereich freiberufliche, technische und sonstige wirtschaftliche Dienste (8,4 Prozent). Auf das Bauwesen entfallen 6,1 Prozent, auf Gesundheit und Soziales 5,9 Prozent und auf Erziehung und Unterricht 5,1 Prozent. Der Bereich Öffentliche Verwaltung inkl. Landesverteidigung und Sozialversicherungen trug 2014 mit 4,4 Prozent zum Regionalprodukt bei.⁵³

Ähnlich ist die Verteilung der unselbständig Beschäftigten: Knapp drei Viertel sind im Bereich der Dienstleistungen beschäftigt, ein Viertel fällt auf die Bereiche Herstellung von Waren, Energie- und Wasserwirtschaft sowie Bauwesen. Die 9.500 landwirtschaftlichen Betriebe Salzburgs zählen 24.500 Arbeitskräfte, ein großer Teil der Betriebe wird aber mittlerweile im Nebenerwerb geführt. Mit 0,5 Prozent fallen die unselbstständig Beschäftigten im Bereich Land- und Fortwirtschaft kaum mehr ins Gewicht (ebd.).

Drei Viertel der Wertschöpfung kommen aus dem Dienstleistungssektor

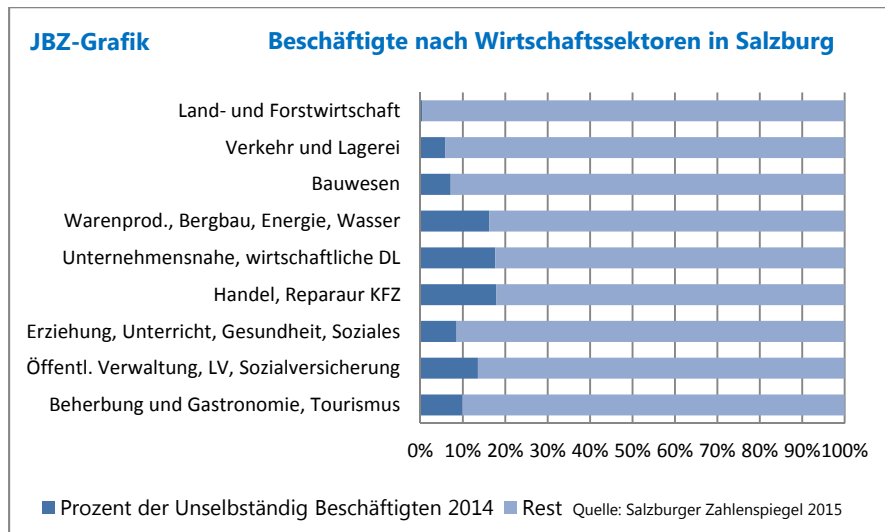


Unternehmensnahe Dienstleistungen bereits an dritter Stelle hinter Warenherstellung und Handel

⁵² Daten 2014, Salzburger Zahlenspiegel 2015. Information der Landesstatistik. www.salzburg.gv.at/statistik_daten_zahlenspiegel2015-folder.pdf

⁵³ Ebd.

Wenn man die Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen zusammennimmt, entfallen auf diesen Bereich über 15 Prozent der Wertschöpfung und knapp ein Viertel aller unselbständig Beschäftigten. Auf Gastronomie und Beherbergung fallen knapp 10 Prozent der Wertschöpfung und unselbständig Beschäftigten. Unternehmensnahe, freiberufliche, technische und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen machen zusammengekommen 25 Prozent der Wertschöpfung und 15 Prozent der unselbständig Beschäftigten aus. Da gerade in diesen Bereichen ein hoher Anteil von Selbständigen zu finden ist, fällt der Anteil der Erwerbspersonen hier noch deutlich höher aus.



Der öffentliche und öffentlichkeitsnahe Bereich macht 15 Prozent der Wertschöpfung und knapp ein Viertel der Beschäftigten aus

Betriebsstätten-Struktur

Aufschlussreich ist auch die Betriebsstätten-Struktur. Laut Statistik der AK Salzburg gab es Ende Jänner 2015 etwas mehr als 23.500 (23.534) Betriebe in Salzburg. Mehr als zwei Drittel davon, 16.381 Betriebe, waren der Kategorie 1-4 Beschäftigte (Gesamtbeschäftigte: 27.299) zugeordnet, gefolgt von 5.280 Betrieben mit 5-19 Beschäftigten (Gesamtbeschäftigte: 47.444) und 1.209 Betrieben mit 20-49 Beschäftigten (Gesamtbeschäftigte: 36.079). Betriebe mit 50-99 Beschäftigten gab es 354 (Gesamtbeschäftigte: 24.465), mit 100-499 Beschäftigten sind es 280 (Gesamtbeschäftigte: 54.950). Nur 31 Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten wies Salzburg mit Stand Jänner 2015 auf.⁵⁴

Zwei Drittel der Salzburger Betriebe haben nur 1-4 Beschäftigte

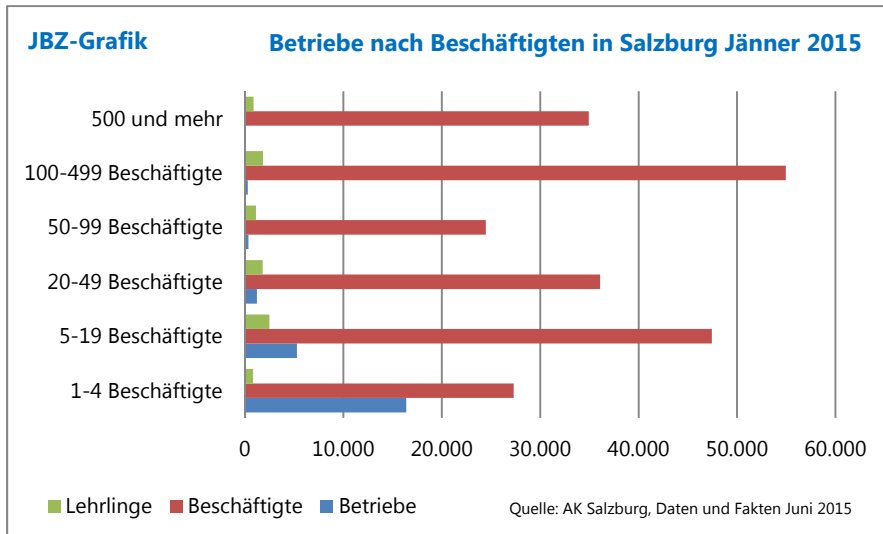
Der Großteil der Lehrlinge wird in Betrieben mit 5-19 Beschäftigten ausgebildet, gefolgt von den Betrieben mit 100-499 sowie 20-49 Beschäftigten.

Die Aufteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren übertrifft noch den Trend bei der Wertschöpfung, die – wie ausgeführt – zu 75 Prozent auf den Dienstleistungssektor fällt. Laut Arbeitsstättenzählung von Statistik Austria waren 2012 gar 91 Prozent der Betriebe Salzburgs dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen, während auf Industrie und Gewerbe nur mehr 7,5 Prozent und auf Land- und Forstwirtschaft nur mehr 1,5 Prozent entfielen. Das heißt: Neun von zehn Betrieben in Salzburg entfallen auf den Dienstleistungsbereich.⁵⁵

Neun von zehn Salzburger Betrieben entfallen auf den Dienstleistungssektor

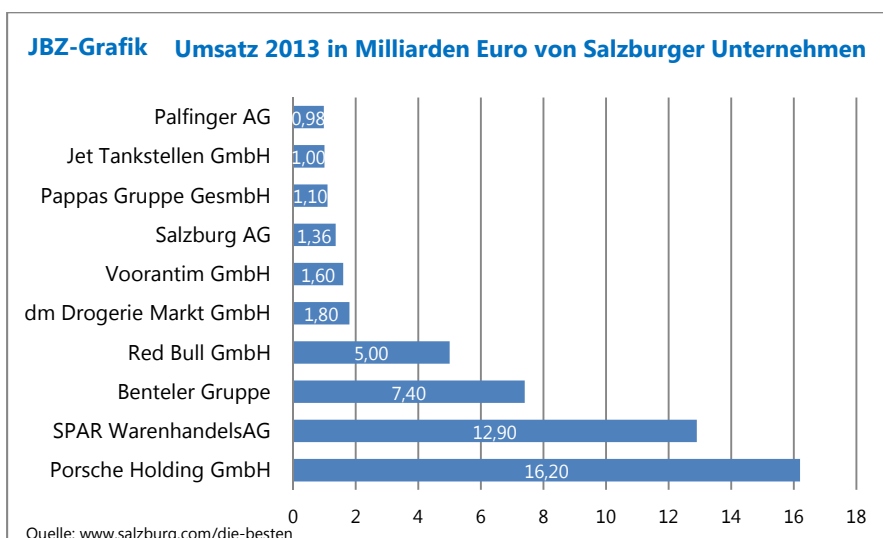
⁵⁴ AK Salzburg (2015): Daten und Fakten ... Monatlicher E-Mail-Dienst

⁵⁵ Quelle: Statistik Austria



Betrachten wir im Folgenden die größten Unternehmen mit Sitz in Salzburg. Bezogen auf den Umsatz liegt die Porsche Holding GmbH mit 16,2 Milliarden Euro (Daten 2013) an der Spitze der Salzburger Unternehmen, gefolgt von SPAR Österreich mit 12,9 Milliarden Euro und der Benteler-Gruppe, die im Handel und der Verarbeitung von Metallen tätig ist, mit 7,4 Milliarden Euro. Es folgen die Red Bull GmbH mit etwas über 5 Milliarden Euro und die DM Drogerie Markt GmbH mit 1,85 Milliarden Euro. Die Milliardengrenze überschreiten des Weiteren das internationale Handelsunternehmen Votorantim GmbH mit Sitz in Brasilien (1,6 Mrd. Umsatz), die Salzburg AG (1,63 Mrd. Umsatz), die Pappas Gruppe - MB-Automobilvertriebs GesmbH (1,08 Mrd. Umsatz) sowie die JET Tankstellen Austria GmbH (1,04 Mrd. Umsatz). An die 1 Mrd.-Grenze heran reichen die Palfinger AG (0,98 Mrd. Umsatz) sowie die Hogast Einkaufsgenossenschaft für das Hotel- und Gastgewerbe (0,9 Mrd. Umsatz) sowie die Lidl Österreich GmbH mit 0,9 Mrd. Umsatz. Dahinter rangierten 2013 die BMW Austria GmbH mit 0,74 Mrd. Umsatz sowie die Kuhn Holding GmbH, die in der Maschinenherstellung tätig ist, mit 0,58 Mrd. Umsatz.⁵⁶

Die größten Unternehmen mit Sitz in Salzburg entfallen auf den Mobil- und Lebensmittelsektor



Vier der umsatzstärksten Unternehmen mit Sitz in Salzburg sind dem Automobilbereich zuzuordnen

⁵⁶ Zahlen gerundet, Quelle: Die Besten, 2015. Verlag der Salzburger Nachrichten.

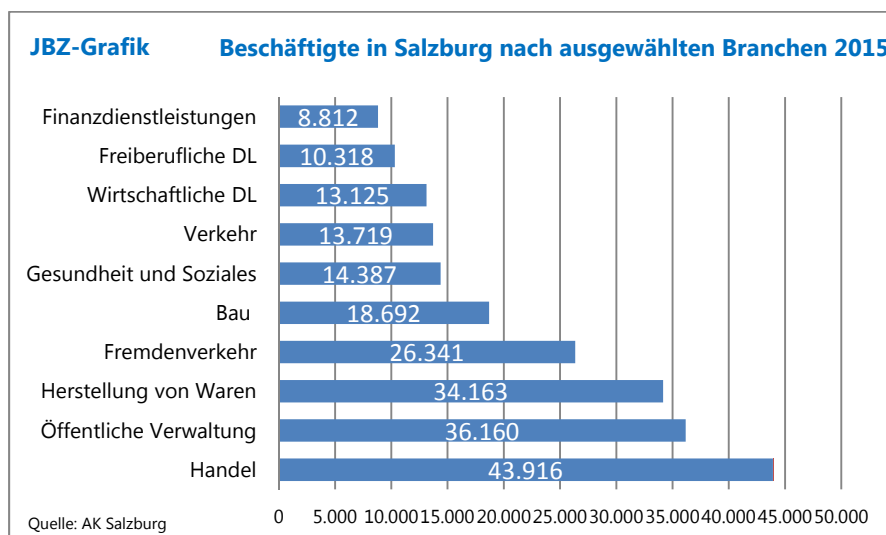
Interessant wären freilich auch die Gewinne der genannten Unternehmen, ihre Steuerleistungen in Österreich sowie die in Salzburg generierte Wertschöpfung, doch fehlte mir der Zugang zu Daten.⁵⁷ So werfen wir einen Blick auf die Beschäftigtenzahl der angeführten Unternehmen. Hier wird die Rangliste 2013 von der SPAR WarenhandelsAG mit 76.900 MitarbeiterInnen angeführt, gefolgt von der Porsche Holding Holding GmbH mit 31.850 MitarbeiterInnen, der Benteler Gruppe mit ca. 30.000 sowie der Drogerie Markt GmbH mit 15.400 MitarbeiterInnen. Die Red Bull GmbH kommt auf 9.690 Beschäftigte, Palfinger AG auf 6.570 Beschäftigte. Nur ein Teil der Beschäftigten fällt auf das Bundesland Salzburg, dem Sitz der Unternehmen, die jedoch überregional bzw. international tätig sind.

Beschäftigte

Salzburg zählt aktuell an die 278.000 Erwerbspersonen, darunter fallen Selbständige, mithelfende Angehörige und unselbständig Beschäftigte inkl. KarenzgeldbezieherInnen wie Präsenzdienner.⁵⁸ Die unselbständig Beschäftigten machen dabei an die 90 Prozent aus. Im August 2015 gab es in Salzburg laut AK-Statistik über 251.600 unselbständig Beschäftigte, davon 131.700 Männer und 119.900 Frauen. Das entspricht einer Zunahme gegenüber August 2014 um knapp 3.000 Beschäftigte. Zieht man die Präsenzdienner und KarenzgeldbezieherInnen ab, zählte Salzburg etwas über 245.000 ArbeitnehmerInnen. Über 25.500, also 10 Prozent, sind den geringfügig Beschäftigten zuzuordnen, 4.500 waren im August 2015 als Leasingarbeiter beschäftigt. Das Monatsbruttomedianeinkommen, d. h. die Hälfte der Einkommen liegt darüber, die Hälfte darunter, betrug 2013 1.960 Euro, jenes der Männer lag bei 2.334 Euro, jenes der Frauen bei 1.584 Euro. Es gibt auch ein regionales Einkommensgefälle. Während der Flachgau und die Stadt Salzburg über 2000 Euro liegen, sind es in den übrigen Bezirken zwischen 1700 und 1900 Euro.⁵⁹

An die 90 Prozent der 278.000 Erwerbstätigen in Salzburg sind unselbständig Beschäftigte

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist in einem Jahr um 3.000 gestiegen



⁵⁷ Das Wirtschaftsmagazin Trend führt zwar eine Liste der 500 Top-Unternehmen Österreichs, welcher der Umsatz, die Beschäftigten oder auch die Eigenkapitalquote zu entnehmen sind, Angaben über das Betriebsergebnis findet man jedoch nur von einigen Unternehmen, und von keinem der von mir aus Salzburg angeführten (www.trendtop500.at).

⁵⁸ Salzburger Zahlenspiegel 2015. a.a.O.

⁵⁹ AK 2015, s. o.

Die AK Salzburg weist in ihrer regelmäßig publizierten Monatsstatistik auch die Anzahl der unselbständig Beschäftigten nach Branchen aus, wobei die Systematik gering von jener der Statistik des Landes Salzburg (s. o.) abweicht. Der größte Anteil der Beschäftigten fällt auf den Handel, in dem Ende August 2015 knapp 44.000 Personen tätig waren, gefolgt von der Öffentlichen Verwaltung mit 36.100 und dem Produktionssektor mit über 34.000 sowie dem Fremdenverkehr mit 26.300 Beschäftigten. Im Bereich Gesundheit & Soziales waren knapp 14.400 Personen, im Bereich Erziehung und Unterricht 4.750 Personen beschäftigt. Der Bausektor beschäftigte im August 2015 knapp 18.700 Personen, im Bereich wirtschaftsnahe Dienstleistungen waren es 13.100, im Bereich freiberufliche Dienstleistungen 10.300. Der Bereich Finanzdienstleistungen kommt immerhin auf 8.800 Beschäftigte.⁶⁰

Interessant ist auch die Pendlerstatistik. Über 230.000 der Beschäftigten waren zum Erhebungszeitpunkt PendlerInnen. Über 90.000 pendelten innerhalb der Gemeinde, über 54.000 in eine andere Gemeinde des Bezirks, über 64.000 in einen anderen Bezirk und knapp 30.000 in ein anderes Bundesland.⁶¹ Der durchschnittliche tägliche Pendelweg der Gemeindeauspendler wird mit 60 Kilometer angegeben.⁶² Der Großteil dieser Pendler nutzt den PKW.

Arbeitslose: An die 12.600 Personen waren im August 2015 in Salzburg arbeitslos, 6.700 Männer und 5.900 Frauen. Das entspricht einer Zunahme um mehr als 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Knapp 2.000 der Arbeitslosen waren unter 25 Jahren, 3.400 über 50 Jahre alt. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld betrug im Jahr 2014 885 Euro, 960 Euro bei Männern und 795 Euro bei Frauen.⁶³ Saisonal schwankt die Arbeitslosigkeit auch in Salzburg, tendenziell sind in den Wintermonaten mehr Personen arbeitslos gemeldet als in den übrigen Monaten. Der wesentliche Grund liegt im Rückgang der Beschäftigung im Baubereich in den Wintermonaten. Die Durchschnittswerte für 2014 ergaben 14.600 vorgemerkte Arbeitslose, einer Steigerung gegenüber 2009 um 15 Prozent. Die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit lag 2014 bei 79 Tagen, was einer Zunahme um über 11 Prozent gegenüber 2009 entspricht. Die beim AMS gemeldeten offenen Stellen werden für 2014 mit 2.661 angegeben.⁶⁴

Selbständige & Ein-Personen-Unternehmen

Salzburg zählte - wie bereits angeführt - 2014 im Durchschnitt 278.000 Erwerbspersonen (Salzburger Zahlenspiegel 2015), mehr als 10 Prozent entfallen auf Selbständige. Drei Viertel der über 34.000 aktiven Mitglieder der Wirtschaftskammer Salzburg sind Einzelunternehmen, knapp 20 Prozent sind Kapitalgesellschaften, etwa 6 Prozent Personengesellschaften. Mehr als die Hälfte der aktiven Wirtschaftskammer-Mitglieder in Österreich sind Ein-Personen-Unternehmen, in Salzburg sind es mit über 17.600 ebenfalls über 50 Prozent.⁶⁵

Nach Fachgruppen verteilten sich die WKS-Mitglieder 2012 wie folgt (gerundet): Gewerbe und Handwerk 17.770, Handel 14.100, Tourismus 8.900, Information &

44.000 Personen arbeiten im Handel, gefolgt von 36.100 im Öffentlichen Sektor und 34.000 im Produktionssektor

An die 12.600 Personen waren im August 2015 in Salzburg arbeitslos

Drei Viertel der 34.000 Mitglieder der Wirtschaftskammer Salzburg sind Einzelunternehmer, über 50 Prozent sogar Ein-Personen-Unternehmen

⁶⁰ Daten: August 2015, AK 2015, Hinweis: Da die Winterarbeitslosigkeit höher ist als die Sommerarbeitslosigkeit, sehen die Zahlen im Jahresdurchschnitt geringfügig anders aus. Insbesondere in der Baubranche steigt die Zahl der Arbeitslosen in der kalten Jahreszeit.

⁶¹ Salzburger Zahlenspiegel 2015. a.a.O.

⁶² Statistik Austria, Arbeitsstättenzählung 2012

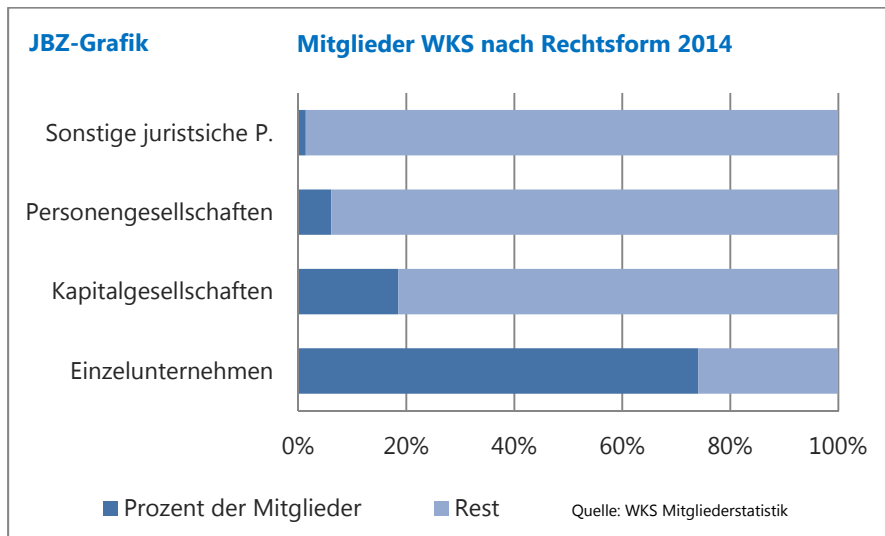
⁶³ AK Salzburg 2015, a.a.O.

⁶⁴ Salzburger Zahlenspiegel 2015. a.a.O.

⁶⁵ WKÖ (o. J.): Factsheet EPU.

www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/Startseite_EPU_Salzburg.html

Consulting 8.020, Verkehr 3.680, Industrie 743 sowie Banken 125. Der Großteil der von der WKS vertretenen Unternehmen entfällt also auf Handwerk und Gewerbe bzw. den Handel, gefolgt von Tourismusbetrieben sowie dem expandierenden Bereich Information & Consulting.⁶⁶



Gewerbe & Handwerk sowie Handel machen den Großteil der WKS-Mitglieder aus

Salzburg weist einige Leitbetriebe im Produktionssektor auf, die mehrheitlich ihre Wertschöpfung aus dem Export hochwertiger Maschinen generieren. Das Rückgrat der Salzburger Wirtschaft stellen jedoch die Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) dar, die die große Mehrheit der Mitglieder der Wirtschaftskammer ausmachen. Knapp 80 Prozent der Unternehmen Salzburgs sind Einzelunternehmen.⁶⁷ Und mit den an Bedeutung gewinnenden Einpersonen-Unternehmen, die in Salzburg gut die Hälfte der WKS-Mitglieder stellen, kommt eine Gruppe der Selbständigen in den Blick, die häufig stärker unter ökonomischem Druck stehen als ein großer Teil der unselbständig Beschäftigten.

Ein-Personen-Unternehmen machen die Hälfte aller Unternehmen in Salzburg aus

Die Grüne Wirtschaft kritisiert u. a. die zu hohen Sozialversicherungsbeiträge für Gering-VerdienerInnen unter den Selbständigen. So würden Selbständigen bei einem Jahresgewinn von 5.000 Euro netto nur so viel bleiben wie bei einem Jahresgewinn von 150.000 Euro, nämlich 52 Prozent. Gefordert wird eine Reduktion der SVA-Beiträge für Gering-VerdienerInnen, die Abschaffung des 20 Prozent Selbstbehalts bei Arztbesuchen sowie jene der Nachbemessung der SVA-Beiträge nach dem 3. Jahr.⁶⁸ Diese Forderungen nehmen gezielt auf die Gruppe der neuen Selbständigen Bezug, deren Einkommen bei vielen im Niedrigbereich anzusetzen ist.

⁶⁶ WKS (2013): Salzburg in Zahlen. Wichtige Daten zu Wirtschaft und Bevölkerung. Salzburg. https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Daten--Fakten--Zahlen/-Publikationen-/s/SIZ_2013_fuer_WEB.pdf

⁶⁷ WKS (2014): Salzburg im Ländervergleich. Regionalstatistischer Bericht. Salzburg. <https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Daten--Fakten--Zahlen/-Publikationen-/s/Mitgliederstatistik-2014-web.pdf>

⁶⁸ Grüne Wirtschaft (o. J.): Alle Zeichen stehen auf Veränderung. Eigenverlag, Wien.

Strukturwandel und Zukunftsperspektiven

Dass Salzburgs Land- und Forstwirtschaft nur mehr knapp ein Prozent zur Wertschöpfung beitragen, bedeutet nicht, dass in diesem Sektor nicht mehr so effizient gearbeitet würde. Im Gegenteil: Der Output der Salzburger Land- und Forstwirtschaft ist nach wie vor groß und wurde über viele Jahrzehnte gesteigert. Der Rindviehbestand von knapp 164.000 Tieren⁶⁹ ist beträchtlich. Erfreulich ist insbesondere der gewachsene Anteil an Bio-Betrieben. Mit über 50 Prozent biologisch bewirtschafteter Fläche nimmt Salzburg innerhalb der österreichischen Bundesländer den Spitzenrang ein. Der rapide gesunkene Anteil der Landwirtschaft am Bruttoregionalprodukt hängt damit zusammen, dass dieses nach dem Zweiten Weltkrieg enorm gestiegen ist. Allein seit dem Jahr 1980, also innerhalb von 35 Jahren, hat sich das Bruttoregionalprodukt Salzburgs nominell fast versechsfacht⁷⁰, was kaufkraftbereinigt immerhin einer Verdoppelung bis Verdreifachung entspricht.

Der relative Bedeutungsrückgang des Produktionssektors auf ein Viertel der generierten Wertschöpfung hängt zum einen mit dem Strukturwandel, also der zunehmenden Auslagerung von Produktionszweigen in Schwellenländer im Zuge der Globalisierung zusammen. Ein Großteil der verbliebenen Industriebetriebe hat sich auf High-Tech-Anlagen spezialisiert, die am Weltmarkt abgesetzt werden. Das heißt Betriebe wie die Palfinger AG, die sich von einem kleinen Maschinenhersteller zu einem internationalen Konzern entwickelt hat, profitieren vom Umstand, dass sie derzeit (noch) „Ausrüster der Weltwirtschaft“ sein können; in der Regel über Joint Venture Unternehmen.

Zum anderen ist der Anteil wirtschaftsnaher Dienstleistungen, der häufig dem Produktionssektor zuarbeitet – gesprochen wird von „Service Industries“ – stark gewachsen. Dazu zählen Marketingangebote ebenso wie Beratungs- und Finanzdienste oder IT-Services. Dass jener Dienstleistungsbereich, der den öffentlichen bzw. semi-öffentlichen Leistungen von Erziehung und Bildung über Forschung oder öffentliche Verwaltung bis hin zu Dienstleistungen im Gesundheits- oder Pflegebereich umfasst, stark gestiegen ist – 15 Prozent der Wertschöpfung und ein Viertel der Beschäftigten sind diesem Sektor zuzuordnen –, hängt damit zusammen, dass der Wohlstand stark gestiegen und diese Leistungen daher finanzierbar geworden sind. Dabei lösen Beschäftigungsverhältnisse in öffentlichkeitsnahen Sektoren selbst wieder Nachfrage aus, die auf die Gesamtwirtschaft zurückwirkt. Der Sozialarbeiter, die Ärztin oder Lehrerin geben das verdiente Geld ja wieder (fast) zur Gänze aus und kurbeln damit die Gesamtwirtschaft an. Jeder in diesem Bereich investierte Betrag löst also ein Mehrfaches an Umsatz aus. Gesprochen wird von Umwegrentabilität bzw. vom „Multiplikatoreffekt“ (Keynes). Und überdies garantieren diese Dienstleistungen auch das Funktionieren der Gesellschaft und werden so zu Voraussetzungen für das Funktionieren anderer Wirtschaftssektoren.

Der Strukturwandel in der Salzburger Wirtschaft wird auch in Zukunft weitergehen. Als Pushfaktoren gelten demografische Verschiebungen, technologische Veränderungen, ökologische Herausforderungen und mögliche Verschiebungen der Konsumprioritäten im Zuge postmaterieller Lebensstile.⁷¹

Landwirtschaft ist trotz geringem Anteil an Wertschöpfung hoch produktiv

Ausweitung der unternehmensnahen Dienstleistungen und Fokussierung des Produktionssektors auf Exporte

Soziale Dienstleistungen als Basis für das Funktionieren der Gesellschaft und Wirtschaft

⁶⁹ Salzburger Zahlenspiegel 2015, a.a.O.

⁷⁰ AK 2015, a.a.O.

⁷¹ Hans Holzinger (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg, JBZ-Verlag; Ders.: Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. München oekom.

Zukunft des Tourismus

Der *Tourismus*, der derzeit knapp 10 Prozent zur Wertschöpfung sowie der Beschäftigung beiträgt, wird wohl weiter Zuwächse verzeichnen. Drei Viertel der 6,5 Millionen TouristInnen, die 2013/2014 Salzburg besuchten, kamen aus dem Ausland.⁷² Der treibende Faktor liegt in der rasch wachsenden globalen Mittel- bzw. Oberschicht, ein Teil davon möchte mit Sicherheit Salzburg besuchen. Das Segment des Ferntourismus wird also wachsen, auch wenn dies mit negativen Klimawirkungen (Fliegen gilt als gewichtiger Treibhausgasverursacher) verbunden ist. Der Klimawandel, der zur Abnahme der Schneetage sowie der Regionen mit genügend Schneetagen führen wird, könnte freilich trotz Beschneiungsanlagen zu einer weiteren Verschiebung vom Winter- zum Sommertourismus führen. Noch stehen 14.100 Übernachtungen in der Wintersaison 11.400 Übernachtungen in der Sommersaison gegenüber, doch die Sommerübernachtungen sind in den letzten fünf Jahren um 15 Prozent gewachsen, der Anstieg bei Winterübernachtungen machte nur mehr knapp 1,5 Prozent aus.⁷³

Ein Achtel der weltweit verfügbaren Schipisten liegt in Österreich. Der Wandel der Schneesverhältnisse hat somit enorme Auswirkungen auf Österreichs Wintertourismus. „Der Klimawandel stellt den alpinen Tourismus vor große Herausforderungen. Er muss sich an den Klimawandel anpassen und gleichzeitig klimaverträglicher werden“, folgern die AutorInnen des „Wirtschaftsprogramms Salzburg 2020“.⁷⁴ Und weiter: „Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern kreative Alternativangebote, die nicht an das Vorhandensein von Schnee gebunden sind.“⁷⁵

Weiteres Wachstum des Tourismus aufgrund steigender globaler Mittelklasse und Verschiebung zum Sommertourismus aufgrund des Klimawandels

Autobranche im Umbruch

In der *Stromproduktion* ist Salzburg dank Wasserkraft bereits jetzt auf dem Pfad der erneuerbaren Energieträger. Anders stellt sich dies im Bereich Heizen und insbesondere im Bereich *Mobilität* dar, wo der Großteil der Energie auf fossiler Basis beruht, was eine Menge an Emissionen von Kohlendioxid, dem wichtigsten Treibhausgas, zur Folge hat. Die ökologisch gebotene Mobilitätswende sowie ein mögliches geändertes Mobilitätsverhalten der jungen Generation – unter den „jungen Urbanen“ nimmt die Autoaffinität spürbar ab – würden zu einem Strukturwandel im Bereich der Autobranche führen müssen. Unter den großen Unternehmen mit Sitz in Salzburg sind drei dem Autohandel zuzurechnen, hinzu kommen die Autozulieferer im Bereich des Produktionssektors, die zahlreichen KFZ-Werkstätten und Tankstellen Teil der Autobranche. So gab es im Jahr 2014 „nur“ mehr 30.900 KFZ-Neuzulassungen im Bundesland Salzburg, vor zehn Jahren waren es 32.500, im Jahr 2011, wohl als Folge der Abwrackprämie, gar knapp 35.000. Dass die Rückgänge 2014 nicht noch stärker ausgefallen sind, ist dabei allein dem starken Zuwachs bei Firmenfahrzeugen um 45 Prozent (bei LKW 30 Prozent) gegenüber dem Krisenjahr 2009 (Finanzkrise) zu verdanken. Die Neuzulassungen im Privat-PKW-Bereich sind gegenüber 2009 um 40 Prozent eingebrochen.⁷⁶ Die ökologisch gebotene Mobilitätswende würde eine Schrumpfung und Restrukturierung der Autobranche erfor-

Die ökologisch gebotene Mobilitätswende würde eine Schrumpfung und Restrukturierung der Autobranche erfordern

⁷² Salzburger Zahlenspiegel 2015, s. o.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Salzburg. Standort Zukunft. Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020. Hrsg. von Land Salzburg, 2011. S. 29

⁷⁵ Ebd. S. 29

⁷⁶ Salzburger Zahlenspiegel 2015, s. o.

dern. Ebenso würden wiederkehrende Wirtschaftskrisen wie jene von 2008 und 2009 der Branche zusetzen. Im Sinne von Krisenfestigkeit sind Konversionsmaßnahmen zu überlegen.

Der öffentliche Verkehr sowie der Radanteil an den Mobilitätswegen müsste weiter erhöht werden. Laut Salzburger Verkehrsverbund zählte der Stadtverkehr inkl. Umsteiger aus dem Regionalverkehr 2013 etwas mehr als 25 Millionen Fahrgäste, was eine Steigerung gegenüber 2008 von über 16 Prozent bedeutet. Die Fahrgäste im Regionalverkehr (Landgemeinden inkl. Umsteigende Stadtverkehr) wuchsen im selben Zeitraum um nur 7 Prozent auf über 16 Millionen Fahrgäste.⁷⁷ Stärker gewachsen ist freilich die Zahl der PKW-Fahrten.

Und das Passagieraufkommen des Salzburger Flughafen ist von 2009 bis 2014 um 17 Prozent auf 1,8 Millionen (siehe Ausführungen zu Ferntourismus oben), das Luftfrachtaufkommen um 15 Prozent gestiegen (Salzburger Zahlenspiegel 2015). In der Transportwirtschaft inkl. Lagerdienste („Lagererei“) sind übrigens in Salzburg knapp sechs Prozent der Beschäftigten zu finden, ebenso hoch ist der Anteil der Wertschöpfung am Bruttoregionalprodukt (ebd.). Der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs könnte Nachfrage nach Wirtschaftsleistungen im Sinne der Mobilitätswende schaffen. Das „Wirtschaftsprogramm Salzburg 2020“ fordert jedenfalls eine „konsequente Neuorientierung und ambitionierte Maßnahmen in den Bereichen Raumordnung, Bauen und Wohnen, eine Änderung im Mobilitätsverhalten und einen sorgsam Umgang mit der verfügbaren Energie.“⁷⁸

Der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs könnte Nachfrage im Sinne der Mobilitätswende schaffen.

Beispiel Bauwirtschaft

Einen wichtigen Bereich stellt die Bauwirtschaft dar, da diese ähnlich wie der Öffentliche Verkehr durch öffentliche Investitionen unterstützt werden kann. An die sieben Prozent der Wertschöpfung und der unselbständig Beschäftigten fallen in Salzburg auf den Bausektor, der größte Teil davon auf den Wohnbausektor. Dieser kann durch Anreize für Wohnungsneubauten sowie für Renovierungen der bestehenden Bausubstanz (insbesondere thermische Sanierung) Wachstumsimpulse erhalten. Eine aktuelle Studie⁷⁹ über Beschäftigungseffekte von Investitionen in Österreichs Klima- und Energie-Modellregionen würde im Bestszenario bis zu 40.000 Arbeitsplätze für die Dauer der Investitionen bringen. Im Salzburger Seenland, einer der Klima- und Energie-Modellregionen, gibt es an die 12.000 Wohnungen bzw. 8000 Gebäude, die als akut sanierungsbedürftig eingeschätzt werden.⁸⁰ Die Erhöhung der Sanierungsrate von derzeit einem Prozent auf drei Prozent im Jahr würde eine Verdreifachung der Aufträge für einschlägige Gewerbebetriebe bedeuten.

Der zweite Weg der Nachfragesteigerung liegt im Neubau von Wohnungen, der auch in den nächsten Jahren aufgrund des Zuzugs von Menschen nötig sein wird. Die gemeinnützigen Wohnbauträger Salzburgs haben bei der Universität Linz eine Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Wirtschaftsaktivitäten der gemeinnützigen Bauvereinigungen für den Zeitraum von 2005 bis 2014 in Auftrag

In der thermischen Sanierung von Gebäuden liegen große Energieeinsparpotenziale, die auch wirtschaftliche Nachfrage generieren

Die Gemeinnützigen Wohnbauträger Salzburgs erzielen laut einer Studie durchschnittlich 400 Millionen Euro an jährlicher Wertschöpfung

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Salzburg. Standort Zukunft. a.a.O. S. 41

⁷⁹ WIFO (2015): Klima- und Energiemodellregionen Effekte im Energiesystem und in der (regionalen) Wirtschaft. Claudia Kettner (Projektleitung). http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58383&mime_type=application/pdf

⁸⁰ Auskunft von Dr. Gerhard Pausch, Energiekoordinator des Salzburger Seenlandes.

gegeben. Der Volkswirtschaftler Friedrich Schneider errechnete wirtschaftliche Effekte im mehrstelligen Millionenbereich, durchschnittlich 400 Millionen Euro pro Jahr sollen durch Nachfrageeffekte ausgelöst worden sein. Dabei wurden die Nachfrageimpulse, die durch Investitionen im Bereich Neubau und durch Sanierung erzeugt wurden, mit den Konsumausgaben der bei den Bauträgern Beschäftigten sowie jenen Konsumausgaben summiert, die sich bei den MieterInnen aufgrund der Mietpreisersparnis im geförderten Wohnbau im Vergleich zur Marktmiete ergeben. Mehr als eine halbe Milliarde Euro soll so 2014 zum Bruttoregionalprodukt Salzburgs beigetragen worden sein.⁸¹ Ein ökologisch ausgerichteter Neuwohnbau sowie bedeutend höhere thermische Sanierungsraten zählen somit zu sinnvollen Nachhaltigkeitsinvestitionen für Salzburgs Wirtschaft.

Weitere Nachhaltigkeitsfelder und demografischer Wandel

Weitere Nachhaltigkeitsfelder für die Salzburger Wirtschaft könnten sich im Bereich von Umwelttechnologien auf tun. So gibt es beispielsweise in Salzburg bereits heute Vorzeigeaktivitäten in der Wasseraufbereitung für Entwicklungsländer. Eine noch stärkere Regionalisierung der Lebensmittelversorgung sowie die dezentrale Gewinnung von Strom und Wärme böten ebenfalls Potenziale, was für den Wohnsektor ebenso interessant ist wie für den Sektor der Elektromobilität. Das Pilotprojekt über Smart Grids in der Gemeinde Köstendorf gilt als Zukunftsbeispiel hierfür.

Der demografische Wandel, der vor Salzburg nicht Halt macht, wird Veränderungen am Arbeitsmarkt und im Bereich sozialer Dienstleistungen erzwingen. Die Zahl der über 65-Jährigen wird gegenüber jenen im Erwerbsalter weiter steigen und die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre wechseln ab 2020 in die Pension. Die demografischen Lücken am Arbeitsmarkt werden – wie bisher – mit Zuwanderung gefüllt, zugleich ist in Salzburg wie in Österreich bzw. der gesamten OECD-Welt von einem tendenziell abnehmenden Erwerbsvolumen aufgrund weiterer Rationalisierungen auszugehen. Damit wird sich der Trend zu Teilzeitstellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen auch in Salzburg fortsetzen.⁸²

Zukünftig noch mehr Bedarf an Arbeitskräften und damit Nachfrageimpulsen wird es im Bereich der Betreuung und Pflege älterer Menschen geben. Eine Studie für Österreich (WIFO)⁸³ geht davon aus, dass sich die Kosten für die Betreuung älterer Menschen bis 2030 verdoppeln werden und die Zahl jener, die wie bisher vornehmlich von Frauen privat betreut werden, weiter abnehmen wird. Dies bedeutet, dass mehr Menschen im Bereich der Seniorenbetreuung beschäftigt sein werden – auch in Salzburg.

Der demografische Wandel wird den Arbeitsmarkt verändern und Nachfrageimpulse im Bereich sozialer Dienstleistungen auslösen

⁸¹ Wirtschaftsfaktor Gemeinnützige. Salzburger Nachrichten 26. 9. 2015, S. 34.

⁸² Vgl. Stefan Wally (2013): Die Alterung der Gesellschaft wird zu Verteilungskämpfen führen. In: Salzburg morgen. JBZ-Arbeitspapier 38, 2012, S. 101ff; Hans Holzinger (2015): Demographischer Wandel und Wohnen im Alter. Eine Herausforderung für den Salzburger Wohnbau. JBZ-Studie, 2015.

⁸³ WIFO (2014): Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger, Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege.

Postwachstumsperspektiven für Salzburg

Die Frage des Wirtschaftswachstums wird auch zukünftig kontrovers diskutiert werden.⁸⁴ Insgesamt wäre es jedoch sinnvoll, wenn für Salzburg Postwachstums-Szenarien durchgespielt würden. Innovative Arbeitszeitmodelle sowie flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung könnten Druck aus dem Arbeitsmarkt nehmen. Verschiebungen der Konsumprioritäten von materiellen hin zu immateriellen Gütern würden zu Verschiebungen auf der Angebotsseite führen. Denkbar ist auch die Ausweitung von Formen solidarischen Wirtschaftens und von Projekten neuer Nachbarschaftshilfe, etwa in Tauschkreisen oder Gemeinschaftsgärten, die jedoch auch in Zukunft Nischenphänomene bleiben werden.

Im JBZ-Projekt „Salzburger Atlas für nachhaltige Entwicklung“ werden solche Initiativen gesammelt und via Internet vorgestellt.⁸⁵ Eine ausgeglichene Verteilung von Vermögen und Einkommen, die allerdings von Salzburg (allein) nur bedingt erwirkt werden kann, würde schließlich die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auch bei geringerem Bruttoregionalprodukt ermöglichen. Das schließt nicht aus, dass Investitionen in Bereiche hoher Wertschöpfung auch in Zukunft nötig sein werden. Denn „High Tech“ finanziert „High Touch“, also die sozialen Dienstleistungen – das wird auch in Salzburg so sein.

Es macht Sinn, auch für Salzburg Postwachstums-Szenarien anzudenken

⁸⁴ Vgl. etwa die Kolumne „Flautenverstehrer“ von Kurt Oberholzer in „Salzburger Wirtschaft“ vom 29.1.2016

⁸⁵ Salzburger Atlas für nachhaltige Entwicklung, <http://salzburgnachhaltig.org>

Zum Verfasser:

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und Mitherausgeber der Zeitschrift „Pro Zukunft“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Nachhaltigkeit, Neue Wohlstandsmodelle, Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherung, Transformationsforschung, Postwachstumsökonomie. Der Verfasser hat für die erste Internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“ die Zukunftsdossiers „Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke“ sowie „Zur Zukunft der Arbeit“ (beide 2012) verfasst. Für die 3. Internationale Tagung, die vom 22. - 24. Februar 2016 stattfindet, hat er ein Zukunftsdossier „Wachstumsgrenzen. Die (Post)-Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur“ sowie ein Factsheet „Wachstumsgrenzen“ erstellt. Download aller Materialien unter www.wachstumimwandel.at. 2012 erschien sein Buch „Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten“ (JBZ-Verlag), 2016 der Titel „Von nichts zu viel - für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands“ (oekom). Mehr: <http://jbzverlag.wordpress.com> bzw. www.jungk-bibliothek.at